

Jahres- abschluss 2023

Inhaltsverzeichnis

01

Lagebericht 2023

- 06 Geschäft und Rahmenbedingungen
- 10 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- 13 Wirtschaftliche Lage
- 17 Anteil von Frauen im Vorstand, in den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands, im Aufsichtsrat und Kuratorium
- 18 Ausblick

03

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

- 42 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 46 Impressum

02

Jahresabschluss 2023

- 24 Bilanz
- 26 Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Anhang für das Geschäftsjahr 2023
- 27 Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 29 Erläuterungen zur Bilanz
- 34 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 37 Sonstige Angaben
- 38 Angaben zum Aufsichtsrat und zum Vorstand
- 39 Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
- 40 Anlage zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

Bericht des Aufsichtsrats an die Gesellschafterin über das Jahr 2023

Sitzungen

Der Aufsichtsrat der GIZ kam im Jahr 2023 zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fand eine informelle Deep-Dive-Sitzung des Aufsichtsrats zur GIZ-Unternehmensstrategie statt.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2023 zwei Sitzungen ab.

Der Ständige Ausschuss sowie der Eilausschuss tagten im Jahr 2023 nicht.

Personalia

Im Berichtsjahr 2023 gab es keine personellen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Beratung und Überwachung des Vorstands

Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgte auch im Berichtsjahr 2023 auf einer vertrauensvollen Basis. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat laufend über die Geschäftspolitik sowie den Gang der Geschäfte der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat konnte im Rahmen seiner Sitzungen auf dieser Grundlage seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion gegenüber dem Vorstand gerecht werden. Er war in die für das Unternehmen wichtigen Entscheidungen einbezogen, hat den Vorstand in zentralen Fragestellungen beraten und nach eingehender Prüfung entsprechende Zustimmungen erteilt. Folgende Themen sind dabei besonders hervorzuheben:

- Der Aufsichtsrat bestellte Frau Ingrid-Gabriela Hoven für eine weitere Amtszeit vom 1. Oktober 2023 bis zum 28. Februar 2027 zum Vorstandsmitglied der GIZ.
- Der Aufsichtsrat nahm die vorläufige Finanz-, Investitions- und Personalplanung für das Jahr 2024 im Dezember 2023 zur Kenntnis und stimmte der finalen Version im März 2024 zu. Danach rechnet die GIZ für das Geschäftsjahr mit einem rückläufigen Geschäftsvolumen.
- Der Aufsichtsrat stimmte der Beschaffung von Emissionsminderungsgutschriften zur Kompensation der betrieblichen Treibhausgas-Emissionen für die Jahre 2022 und 2023 zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss von zwei neuen Energieversorgungsverträgen (Biogas/Ökostrom) für eine Laufzeit von jeweils zwei Jahren zu.

- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss von Dienstleistungsverträgen für externe Beratungs- und Implementierungsunterstützung für das Projekt S4GIZ zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss von Rahmenvereinbarungen für Sicherheitsdienstleistungen und Gebäudedienstleistungen in den Liegenschaften der GIZ an den Standorten Berlin, Bonn und Eschborn zu sowie dem Abschluss von Verträgen und Investitionen zur Modernisierung des Hauptgebäudes am Campus Kottenforst.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung für die Erbringung von Full-Managed-Cloud-Printing-Leistungen als Outputmanagement zu sowie dem Abschluss von Rahmenvereinbarungen über Videokonferenzenanlagen sowie Collaboration Displays.
- Dem Aufsichtsrat wurde die nichtfinanzielle Erklärung (Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex) zur Prüfung vorgelegt. Der Aufsichtsrat prüfte den Nachhaltigkeitsbericht einschließlich der menschenrechtlichen Berichtspflicht.
- Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit der GIZ-Unternehmensstrategie 2023–2027, der digitalen Transformation der GIZ sowie der Personalstrategie 2023+.

Berichte des Vorstands

Der Vorstand kam auch im Jahr 2023 seinen Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat nach. Er berichtete regelmäßig, über die Geschäftsentwicklung der GIZ, die im Geschäftsjahr 2023 erneut positiv war.

Des Weiteren ließ sich der Aufsichtsrat regelmäßig über die Geschäftsentwicklung des steuerpflichtigen Geschäftsbereichs der GIZ (International Services) berichten. Das Geschäftsjahr 2023 wurde erneut mit einem positiven Betriebsergebnis und einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen.

Dem Aufsichtsrat wurde zudem die langfristige Unternehmensplanung für die Jahre 2024–2026 vorgestellt. Diese Planung gibt einen Überblick über durchgeführte Umfeldanalysen sowie zur Einschätzung der GIZ zur Marktentwicklung und stellt darauf basierend strategische Schlussfolgerungen für das Unternehmen dar.



Zudem erhielt der Aufsichtsrat einen Bericht über Maßnahmen des Compliance-Management-Systems der GIZ sowie einen Bericht über die Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) in der GIZ.

Der Aufsichtsrat wurde über den Stand und die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der GIZ informiert.

Der Vorstand berichtete über die Prüfung der GIZ-Dokumentation bezüglich Eigendurchführung oder der Vergabe von Leistungen für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.

Er berichtete auch über den Stand zum Neubau Campus Eschborn, zur IT-Sicherheit sowie über den Stand und die Entwicklung der digitalen Transformation der GIZ.

Ebenfalls informiert wurde der Aufsichtsrat zur Lage in der Ukraine, in Afghanistan sowie zur Lage in Israel und dem Gazastreifen.

Zudem wurde dem Aufsichtsrat der Bericht zur Kostenentwicklung der neuen Befristungspraxis vorgestellt.

Jahresabschluss 2023

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Es wurde bestätigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Der Lagebericht entspricht ebenfalls in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften.

Der Aufsichtsrat billigte in seiner Sitzung am 18. Juni 2024 das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 durch den Abschlussprüfer und den vom Aufsichtsrat eingesetzten Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterin, den Jahresabschluss 2023 festzustellen und die Geschäftsführung zu entlasten.

Eschborn, den 18. Juni 2024

Jochen Flasbarth

Vorsitzender des GIZ-Aufsichtsrats
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

01

Lagebericht 2023

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

a. Unternehmen

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein gemeinnütziges Bundesunternehmen mit Sitz in Bonn und Eschborn. Sie unterstützt die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung sowie in der internationalen Bildungsarbeit zu erreichen. Als wirtschaftlich agierendes Unternehmen steht die GIZ für Qualität, Effizienz, Nachhaltigkeit und Innovation.

Die GIZ hat in 123 Ländern Beschäftigte (Stand: 31.12.2023). Die langjährige Präsenz in zahlreichen Partnerländern und weltweite Netzwerke in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit vielen Akteuren.

Weltweit hat die GIZ 25.634 Mitarbeiter*innen – davon arbeiten 66,7% als Nationale Mitarbeiter*innen, die in den Partnerländern der GIZ beschäftigt sind. Hinzu kommen 285 Fachkräfte im Entwicklungsdienst (FiED), die für die GIZ im Einsatz sind. Darüber hinaus vermittelt CIM¹ Fachkräfte an lokale Arbeitgeber. Zum Jahresende 2023 hat CIM 205 Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt.

Die GIZ steht für effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Wissensvermittlung sowie Kompetenzentwicklung und deckt im internationalen Vergleich ein einmaliges Spektrum an Arbeitsfeldern

ab. Die GIZ verfügt über mehr als 50 Jahre Erfahrung in unterschiedlichen Sektoren – angefangen bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie zivile Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung sowie Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu Energiefragen, Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Je nach Bedarf, Region und Kontext kombiniert die GIZ ihre Dienstleistungen zu maßgeschneiderten Lösungen. Das Spektrum reicht von fachlichen Beratungsdienstleistungen zur Gestaltung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen über individuelle Fortbildungen, die Stärkung von staatlichen und kommunalen Organisationen und Institutionen bis hin zu Vernetzungs-, Dialog- und Mediationsdienstleistungen, Projektmanagement sowie Beschaffungs- und Logistikdienstleistungen.

Wichtigster Auftraggeber der GIZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus war die GIZ 2023 für weitere Bundesressorts – darunter das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das Bundesministerium der Finanzen (BMF), das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) –, für deutsche Bundesländer sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Regierungen anderer Länder, die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen sowie regionale und multilaterale Entwicklungsbanken, aber auch private Stiftungen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung beauftragen die GIZ mit eigenen Vorhaben oder beteiligen sich an Vorhaben der Bundesressorts. Auch mit der Privatwirtschaft arbeitet die GIZ über Aufträge und Kofinanzierungen eng zusammen und unterstützt diese beim erfolgreichen Zusammenspiel von Entwicklungsmaßnahmen und außenwirt-

schaftlichen Aktivitäten sowie bei der Erreichung von Nachhaltigkeit in Lieferketten.

Neben dem gemeinnützigen Geschäftsbereich (GnB) betreibt die GIZ auch den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich International Services (InS). In diesem wird die GIZ mit Zustimmung der Bundesregierung auch von internationalen Auftraggebern direkt beauftragt und nimmt an Ausschreibungen teil.

Zu diesen internationalen Auftraggebern zählen neben der Europäischen Union (EU) auch nationale Regierungen, bilaterale und multilaterale Geber sowie Auftraggeber aus der Privatwirtschaft. Darüber hinaus werden Aufträge von Deutschen Öffentlichen Auftraggebern (DÖAG) bei International Services geführt, sofern diese steuerrechtlich nicht dem gemeinnützigen Geschäftsbereich zuzuordnen sind.

b. Strategie

Die GIZ agiert in einem Umfeld, das in höchstem Maße Flexibilität erfordert. Zentrale globale Herausforderungen, wie der Klimawandel, zunehmende Fragilität und verstärkte Migrations- und Fluchtbewegungen, sind eng miteinander verwoben und lösen immer häufiger krisenhafte Veränderungen aus. In diesem herausfordernden Umfeld erhält die GIZ ihre Resilienz und Reaktionsfähigkeit und entwickelt sich fortlaufend strategisch weiter. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass sie ihre Arbeit für die Auftraggeber im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der globalen Klimaziele kohärent und partnerschaftlich und in erster Linie wirksam umsetzt.

¹ Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) ist eine Arbeitsgemeinschaft der GIZ und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. CIM mobilisiert im Rahmen von Personalvermittlungsprogrammen für lokale Arbeitgeber in Partnerländern hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Im Programm „Integrierte Fachkräfte“ werden deutsche und europäische Expertinnen und Experten für Einsätze von bis zu sechs Jahren vermittelt. Im Programm „Rückkehrende Fachkräfte“ werden ausländische Fachkräfte nach einem Studium, einer Ausbildung oder einer Arbeitstätigkeit in Deutschland unterstützt, um in ihren Herkunftsländern entwicklungspolitisch bedeutsame Positionen zu übernehmen.

Entwicklungen und Trends im Umfeld der GIZ

1. Wie verändern sich die Auftraggeber?

Angesichts geplanter Haushaltskürzungen und sinkender Finanzspielräume der Bundesregierung nehmen die Wirkungserwartungen und der Legitimationsdruck auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu. Gleichzeitig sind 2023 relevante Grundlagendokumente zur deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verabschiedet worden. Hierzu zählen die Klimaaußenpolitikstrategie, die Nationale Sicherheitsstrategie sowie die BMZ-Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik. Das BMZ und die anderen Deutschen Öffentlichen Auftraggeber unterstreichen die Notwendigkeit einer demokratischen, regelbasierten und wertorientierten internationalen Zusammenarbeit.

Die EU, die ihr auswärtiges Handeln und die Entwicklungspolitik zunehmend an ihren geostrategischen Interessen ausrichtet, bekennet sich gleichzeitig zu einer wertebasierten Gemeinschaft. Zugleich fördert der Team-Europe-Ansatz die Sichtbarkeit und Lieferfähigkeit des gemeinsamen europäischen Außenhandelns. Priorität hat für die EU auch weiterhin die Umsetzung des European Green Deal sowie die Betonung der systemischen und sektorübergreifenden Twin Transition (Twin Transition bezieht sich auf das Zusammenspiel von digitaler, klimafreundlicher Innovation und einer nachhaltigen Zukunft) zu einem nachhaltigen Wohlstands- und Wirtschaftssystem.

2. Wie verändern sich die Themen der Zusammenarbeit?

Als Konsequenz der zunehmenden geopolitischen Spannungen werden viele Themen und Sektoren noch stärker mit sicherheitspolitischen Überlegungen verknüpft. So sind beispielsweise Fragen der Energie- und Cybersicherheit, aber auch der Ernährungssicherung verstärkt in den Fokus gerückt. Die Förderung von Governance und Menschenrechten, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, nimmt weiter an Bedeutung zu, nicht zuletzt vor dem Hintergrund weltweit zunehmender Autokratisierung. Eine konsequente internationale Klimapolitik, die Frage nach Klimagerechtigkeit und ihrer Finanzierung gewinnen weiter an Dringlichkeit. Die Veröffentlichung von ChatGPT-4 im November 2022

und die Chatbots anderer Anbieter haben die Diskussion um künstliche Intelligenz (KI) zur Verbesserung der weltweiten Lebensbedingungen sowie zur Lösung globaler Herausforderungen beschleunigt. Zugleich steigt auch das Bewusstsein für mögliche Risiken dieser Technologie und der Stärkung des ordnungspolitischen Rahmens.

3. Wie verändert sich die Wettbewerbs- und Kooperationssituation?

Die Reform der multilateralen Entwicklungsbanken als eine Voraussetzung wirksamer Entwicklungsfinanzierung wird mit Nachdruck weiterverfolgt. Die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken haben erkannt, dass sie ihr Geschäftsmodell weiterentwickeln müssen. Die angestrebten Reformen sollen den Schutz und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter über nationale Grenzen hinweg stärken.

Eine weitere bedeutsame Umfeldveränderung ist die Entscheidung der BRICS-Staaten (BRIC 2006: Brasilien, Russland, Indien, China; BRICS 2010: zusätzlich Südafrika), den Block ab 2024 um sechs Länder auf BRICS+ (zusätzlich Ägypten, Äthiopien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate) auszuweiten. Auch wenn die Erweiterung im Vorfeld kontrovers diskutiert wurde, Argentinien mittlerweile seinen Mitgliedsantrag wieder zurückgezogen und Saudi-Arabien seinen Beitritt bislang nicht vollzogen hat, ist sie ein weiterer Ausdruck für das wachsende Gewicht Chinas und der Länder des Globalen Südens.

International agierende Thinktanks sind zunehmend auch als Umsetzer aktiv. Dadurch werden sie als Partner für große Stiftungen wie die Gates-Stiftung oder den Bezos Earth Fund attraktiver. Sie stehen mit der GIZ nicht mehr nur im Wettbewerb um die besten Ideen und Personalkapazitäten, sondern auch um Mittel zur Durchführung von Vorhaben. Die Consultingwirtschaft befindet sich ebenfalls in einem Umbruch. Um ihre Wettbewerbskraft zu erhöhen, fusionieren Consultingunternehmen vermehrt. In dieser anspruchsvollen Wettbewerbssituation steigt die Bedeutung von Kooperationen und Partnerschaften sowie der Steigerung von Effizienz.

4. Wie verändern sich die Länder, in denen wir arbeiten?

Die ambitionierten G20-Präsidentschaften von Indonesien 2022 und insbesondere Indien 2023 zeigen den Anspruch vieler Partnerländer, globale Agenden und Partnerschaften aktiv mitzugestalten und die Perspektiven des Globalen Südens verstärkt einzubringen. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Partnerländer der EZ kontinuierlich: Um die notwendige sozioökologische Transformation erfolgreich zu gestalten, müssen diese einerseits ihre Bevölkerungen mit den nötigen Zukunftsfähigkeiten ausstatten und ihre Wirtschaftsmodelle an nachhaltigem Wachstum ausrichten. Andererseits gibt es unmittelbare nationale Herausforderungen wie Ernährungssicherung, Gesundheit und Energieversorgung. Die erfolgreiche Bewältigung dieser multiplen Herausforderungen erfordert die Mobilisierung zusätzlicher Mittel durch die Partnerländer, den Privatsektor und die internationale Gemeinschaft bei gleichzeitig effizientem Mitteleinsatz.

Insbesondere in Afrika nehmen Ressourcenkonflikte und militärische Konfliktsituationen zu. Die Staatsstrieche in Mali, Burkina Faso und zuletzt im Juli 2023 in Niger stellen den europäischen und deutschen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Ansatz in dieser Region vor neue Herausforderungen. Sie zeigen aber auch die Notwendigkeit, die Ursachen solcher Konflikte weiterhin durch internationale Kooperation zu adressieren. Die Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarländern der EU wird in den nächsten Jahren unter anderem durch die Beitrittsverfahren der Westbalkanstaaten und perspektivisch auch der Ukraine, Moldaus und Georgiens geprägt werden, für die nach wie vor umfassende Reformanstrengungen nötig sind.

Die GIZ-Unternehmensstrategie

Im Kontext tiefgreifender globaler Veränderungen und anhaltender Volatilität konzentriert sich die GIZ im Strategiezyklus 2023–2027 darauf, ihre Rolle als effektive Unterstützerin der politischen Ziele der Bundesregierung und anderer Auftraggeber auszubauen und durch eine effiziente Umsetzung ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Mit der neuen Unternehmensstrategie will die GIZ verstärkt integrierte Lösungen umsetzen, um komplexe Transforma-

tionsfragen, wie sie durch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen gesetzt sind, wirksamer zu adressieren. Denn diese Herausforderungen erfordern es, ganzheitlich und vernetzt zu denken und zu handeln – über einzelne Projekte hinaus.

Seit der Einführung ihrer Unternehmensstrategie 2023–2027 im Frühjahr 2023 arbeitet die GIZ zielgerichtet an ihrer Transformation hin zum Zielbild GIZ 2028: von der Projektorganisation zur Umsetzerin integrierter Lösungen für globale Herausforderungen. Integrierte Lösungen sind sektoren-, länder- und projektübergreifende Leistungen. Sie fördern nachhaltige Entwicklung, indem sie Synergien zwischen verschiedenen Sektoren und Regionen schaffen, Partnerschaften strategisch stärken, Ressourcen bündeln und Wissen besser vernetzen. Zielsetzung ist es nicht, Einzelprojekte abzuschaffen. Vielmehr liegt der Schwerpunkt darauf, eine stärkere Ausrichtung hin zu umfassenden, integrierten Lösungen zu fördern – und zwar mit Blick auf die interne Arbeitsweise und die Leistungen für Partner und Auftraggeber.

Die digitale Transformation ist zentral für das Erreichen des Zielbilds. Denn sie befähigt die GIZ, schnell, effizient und zukunftsfähig zu agieren. Mit dem „Kompass GIZ-Digital“ sollen die interne Digitalisierung („Digital at Heart“) und gleichzeitig die Digitalisierung der Leistungen der GIZ („Digital for Development“) vorangetrieben werden.

Im Folgenden werden die vier strategischen Handlungsfelder (1) Wirksamkeit, (2) Geschäftsentwicklung, (3) Kompetenzen & Allianzen und (4) Wirtschaftlichkeit dargestellt.

1. Handlungsfeld Wirksamkeit

Um noch wirksamer zu werden, fokussiert sich die Unternehmensstrategie 2023–2027 verstärkt auf die Einrichtung eines systematischen Produktportfoliomanagements. Die GIZ strebt an, standardisierte Produkte effizient und effektiv einzusetzen, um den Anforderungen der Partnerländer und Auftraggeber schneller und besser gerecht zu werden. Diese standardisierten und qualitätsgeprüften Produkte sollen nicht nur die Leistungen verbessern, sie

schaffen gleichzeitig Freiräume für Innovation und deren systematische Skalierung.

Um integrierte Lösungen für globale Herausforderungen wirksam und effizient umzusetzen, müssen sich auch die Managementlogik und interne Arbeitsweisen weiterentwickeln. Diese Neuausrichtung soll insbesondere den Einsatz von Ressourcen über einzelne Projekte hinaus stärken und förderliche Rahmenbedingungen für eine systematische Kooperation über Projekt-, Gruppen- und Abteilungsgrenzen hinweg schaffen.

Bislang wurden sechs Prototypen entwickelt, die im Jahr 2024 pilotiert werden sollen.

2. Handlungsfeld Geschäftsentwicklung

In der aktuellen Unternehmensstrategie verfolgt das Handlungsfeld Geschäftsentwicklung das Ziel, die Art und Weise, wie Leistungen erbracht werden, grundlegend zu verändern: Leistungen sollen zukünftig auch sektor- und länderübergreifend geplant, verknüpft und umgesetzt sowie verschiedene Leistungsmodalitäten wirksam miteinander verzahnt werden.

Im Jahr 2023 wurden die Grundlagen für ein unternehmensweites Verständnis für die veränderte Leistungserbringung durch integrierte Ansätze entwickelt. Die Weiterentwicklung, Skalierung und Umsetzung von integrierten Ansätzen und die Ausrichtung der internen Arbeitsabläufe darauf ist Gegenstand der weiteren Umsetzung der Unternehmensstrategie bis Ende 2027.

3. Handlungsfeld Kompetenzen & Allianzen

Im Handlungsfeld Kompetenzen & Allianzen liegt im neuen Strategiezyklus der Schwerpunkt auf dem Ausbau systematischer Partnerschaften mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der (Digital-)Wirtschaft sowie bi- und multilateralen Organisationen. Partnerschaften spielen seit jeher eine wichtige Rolle in der Arbeit der GIZ. In den folgenden Jahren geht es darum, das Partnerschaftsmanagement noch systematischer aufzubauen, um die gemeinsame Konzeption und Umsetzung von Projekten mit Partnern zu erleichtern. Die Leistungen der GIZ sollen künftig noch konsequenter

in Kooperationen, beispielsweise mit multilateralen Organisationen, Stiftungen oder Akteuren der Digitalwirtschaft, angeboten werden.

Ein strategischer Dialog wurde mit fünf multilateralen Kooperationspartnern (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, UN-Flüchtlingskommissariat, Europäische Investitionsbank, Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank) etabliert. Ansätze zur komplementären Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm und dem UN-Flüchtlingskommissariat wurden in Pilotprojekten erprobt. Die Verzahnung von multilateralen Initiativen mit bilateraler Zusammenarbeit wurde im Gesundheitssektor weiterentwickelt und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Global-, Sektor- und bilateralen Projekten wurden systematisch geprüft. Ein strategischer Dialog mit dem BMZ zu diesem Thema wurde aufgenommen.

Bis 2025 sollen zusätzliche Angebote für Auftraggeber entwickelt werden, die gemeinsam mit multilateralen Organisationen geplant werden.

4. Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit

Die Verbesserung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit ist ein zentraler Bestandteil der neuen Unternehmensstrategie. Durch eine verstärkte Bündelung von Ressourcen (Personal, Dienstleistungen und Sachgüter) über Vorhaben hinweg sollen Synergien erzielt und damit ein effizienterer Ressourceneinsatz ermöglicht werden. Voraussetzung dafür ist die Etablierung eines prozessorientierten Managements im Unternehmen. In diesem Zusammenhang sind die internen Prozesse zu beschreiben, zu überprüfen und zu standardisieren. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Digitalisierung der Prozesse im Rahmen des Projekts S4GIZ zur Einführung des neuen SAP-ERP-Systems SAP S/4HANA in der GIZ, welches bereits im vorherigen Strategiezyklus begonnen wurde. Eine erfolgreiche Umsetzung der Large Scale Solution (LSS) S4GIZ ist Bedingung für die digitale Transformation und die Harmonisierung der Geschäftsprozesse in der gesamten Organisation. Geplant ist ein weltweiter Roll-out des neuen SAP-ERP-Systems zum 1. Januar 2026.

Als aktuell größtes Unternehmens- und Transformationsprojekt der GIZ und wichtiger Bestandteil der Unternehmensstrategie 2023–2027 – Ziel 5 Prozessorientiertes Management – ist die LSS S4GIZ somit eine einmalige Chance, um das Herzstück der GIZ-IT-Landschaft zukunftsfähig zu gestalten, eine gemeinsame IT-Landschaft zu etablieren und die Prozesse fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Dies wird die Mitarbeitenden langfristig entlasten und schafft Raum für den Kern der Arbeit: größtmögliche Wirkung für die Menschen in unseren Partnerländern. Doch auch für die Auftraggeber der GIZ wird so die Effizienz gesteigert und die Wirtschaftlichkeit erhöht.

Ins Jahr 2023 startete die LSS S4GIZ mit einer zeitlich klar begrenzten Optimierungsphase, die im Oktober 2022 begonnen hatte. Ziel dieser Phase war es, die Hindernisse zu beseitigen, die den weiteren Projektfortschritt beeinträchtigten. Die identifizierten kritischen Themenfelder wurden bis März 2023 erfolgreich bearbeitet, so dass der Vorstand entschied, nach der aktuellen Projektmethodik weiter vorzugehen, und den Zeitplan finalisierte. Weiterhin fand im November 2023 ein vom Vorstand beauftragtes Diagnostic Assessment statt, um die weitere Projektdurchführung zu optimieren und somit den Projekterfolg sicherzustellen.

Die GIZ als Bundesunternehmen unterliegt aufgrund ihrer Verfasstheit sowie vertraglicher Verpflichtungen erhöhten Anforderungen an Rechenschaft und Transparenz. Diesen gerecht zu werden, setzt zum einen der Prozessoptimierung Grenzen und erfordert zum anderen erheblichen Einsatz von Kapazitäten. So wurden im Berichtsjahr von der GIZ ca. 1.800 externe Prüfungen betreut.

c. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Ad-hoc-Sperre der Verpflichtungsermächtigungen 2023

Die GIZ befand sich im Jahr 2023 in einer absoluten Sondersituation: Die am 21. November 2023 verhängte Sperre der Verpflichtungsermächtigungen (VE) 2023 hat das BMZ härter getroffen als andere Ressorts; dies hatte und hat auch direkte Konsequenzen für die GIZ – hinsichtlich der Auftragsgänge 2023, die nicht wie

geplant realisiert werden konnten, aber auch in Bezug auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Trotz dieser Entwicklung hat sich das Geschäft der GIZ im Berichtsjahr, auch aufgrund des hohen Auftragsbestands aus den Vorjahren, stabil entwickelt.

Die GIZ hat u. a. über die Verlängerung der Akkreditierung beim Green Climate Fund (GCF) und die erstmalige Akkreditierung als Grant Agent bei der Global Partnership for Education die Rahmenbedingungen geschaffen, um weitere Aufträge und Kofinanzierungen zu akquirieren.

Fragile Situation in einigen Partnerländern

Strukturelle Fragilität, Gewalt und Konflikte gehören zu den Rahmenbedingungen in zunehmend mehr Ländern und Regionen. In etwa der Hälfte aller Länder, in denen die GIZ tätig ist, ist die Lieferfähigkeit der GIZ aufgrund von Krisen bedroht.

Einschränkungen und Verzögerungen in der Leistungserbringung können z. B. resultieren aus diplomatischen Krisen, politischen Unruhen, politischen Entscheidungen oder kriegerischen Auseinandersetzungen. Im Jahr 2023 hatte vor allem der Krieg in der Ukraine Auswirkungen in den Nachbarländern und weltweit, ebenso die Krise im Sudan und der Israel-Gaza-Konflikt.

Das Gesamtauftragsvolumen der GIZ in der Ukraine beträgt aktuell rund 660 Mio. Euro, davon wurden im vergangenen Jahr etwa 100 Mio. Euro als Sonderbarmittel für schnelle Hilfsmaßnahmen umgesetzt. Derzeit sind 550 nationale und deutsche bzw. internationale Mitarbeitende für die Ukraine tätig. Neben schnell benötigter Hilfe in Kriegszeiten berät die GIZ zum beginnenden Wiederaufbau des Landes und unterstützt bei der Reformberatung und dem EU-Beitrittsprozess. Das letzte in Russland laufende Vorhaben „Humanitäre Geste für die Opfer der Leningrader Blockade“ wurde in Abstimmung mit dem Auftraggeber Auswärtiges Amt am 23.10.2023 verlängert und aufgestockt. Zum 1.1.2024 erfolgte die weitere planmäßige personelle Reduzierung vor Ort. Risiken der

Weiterarbeit in der Russischen Föderation werden engmaschig betrachtet. Das Ende der Projektlaufzeit ist zum 30.9.2024 geplant.

Die Bundesregierung hat aufgrund des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Zivilisten östlich des Gazastreifens das gesamte Portfolio der EZ in den Palästinensischen Gebieten einer Überprüfung unterzogen und für zehn Wochen keine neuen Verträge, nur eingeschränkt Zahlungen und keine neuen Beauftragungen zugelassen. Die Mitte Dezember erfolgte Freigabe unterliegt Auflagen hinsichtlich der Umsetzung in Gaza und der Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung. Die Bundesregierung unterstützte die GIZ maßgeblich dabei, 24 der 25 lokal Beschäftigten und ihre Familien aus Gaza ausreisen lassen zu können. Von diesen Familien befinden sich mittlerweile 16 in Deutschland.

Die akute humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau in Gaza werden Mittel in Milliardenhöhe erfordern und enorme politische Anstrengungen, um zwischen Israel, den Palästinensern und den relevanten arabischen und westlichen Akteuren eine Nachkriegsordnung festzulegen und einen möglichen Weg hin zu einer Zweistaatenlösung zu definieren.

Derweil werden im Westjordanland die Vorhaben der EZ und der GIZ weiter umgesetzt. Die akuten Unterstützungsbedarfe im Westjordanland werden dabei über Umsteuerung und in den laufenden Angebotsprozessen adressiert. Die künftigen Bedarfe in Gaza können derzeit noch nicht ausreichend abgeschätzt werden, wobei über ein ÜH-Vorhaben und zwei TZ-Vorhaben mittelbar auch jetzt in Gaza gearbeitet wird.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GIZ ist in diesem Geschäftsjahr durch höhere Umsatzerlöse bei etwa auf Vorjahresniveau liegenden Einnahmen geprägt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte das Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen werden.

a. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr von 3.081 Mio. € um 86 Mio. € auf 3.167 Mio. € gestiegen.

Das Anlagevermögen hat sich von 649 Mio. € auf 643 Mio. € verringert. Der Rückgang geht auf die Umgliederung der Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben des Deutschen Pensionsfonds von 18,6 Mio. € in die sonstigen Forderungen zurück. Demgegenüber steht die vierte Kaufpreisrate an die Grundstücksgesellschaft Phoenix, die nach vollständiger Rohbaufertigstellung fällig war. Das Umlaufvermögen ist hauptsächlich durch die im Vergleich zum Vorjahr von 731 Mio. € um 74 Mio. € auf 804 Mio. € höheren flüssigen Mittel gestiegen. Die Veränderung der Vorräte von 1.270 Mio. € auf 1.249 Mio. € (–21 Mio. € bzw. –2%) ist im Wesentlichen auf eine Verringerung der geleisteten Anzahlungen (–29 Mio. €), insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Finanzierungsleistungen bei den BMZ-Projekten, zurückzuführen. Bei den noch nicht abgerechneten Leistungen ist ein Zuwachs von 9 Mio. € (+25%) auf 44 Mio. € zu verzeichnen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zeigen einen Anstieg um 35 Mio. € auf 457 Mio. €. Die Forderungen aus Leistungen sind von 61 Mio. € auf 80 Mio. € (+19 Mio. €) angestiegen. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen ergibt sich eine deutliche Erhöhung von 103 Mio. € auf 121 Mio. € (+18 Mio. €). Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wirkt sich hauptsächlich die Umgliederung der Ansprüche aus dem Verwaltungskostenguthaben Deutscher Pensionsfond AG aus.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses, das den satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt wurde, hat sich das Eigenkapital um rund 70 Mio. € auf 429 Mio. € erhöht. Bei leicht gestiegener Bilanzsumme steigt die Eigenkapitalquote² im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte auf 13,4%.

Bei den Rückstellungen ist ein Anstieg von 305 Mio. € auf 327 Mio. € (+22 Mio. €) zu verzeichnen, der hauptsächlich auf die gestiegenen Rückstellungen für Personalaufwand zurückzuführen ist. Ausgewirkt haben sich hauptsächlich die Rückstellung aus Langzeitkonten (+17 Mio. €) und für Urlaubsguthaben (+5 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten sind von 2.415 Mio. € auf 2.410 Mio. € (–5 Mio. €) gesunken. Der Rückgang geht hauptsächlich auf die erhaltenen Anzahlungen von 2.134 Mio. € zurück, welche sich im GnB um 88 Mio. € verringert und bei InS um 36 Mio. € erhöht haben. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 121 Mio. € auf 173 Mio. € resultiert hauptsächlich aus der planmäßigen Auszahlung der zweiten Rate des Darlehens für den GIZ-Campus Eschborn sowie gegenläufig aus den planmäßigen Tilgungen für das Darlehen für den GIZ-Campus Bonn. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 5 Mio. € auf 15 Mio. € beruht auf der letzten Mittelanforderung der GIZ Unterstützungskasse GmbH für das Jahr 2023, die erst im Januar 2024 beglichen wurde.

b. Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Anstieg der Kassen- und Bankbestände um 74 Mio. € von 731 Mio. € auf 804 Mio. €. Der gestiegene Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 59 Mio. € und die Einnahmen aus dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 46 Mio. €, hauptsächlich aus der Darlehensaufnahme, decken die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit von 32 Mio. € ab.

² Die Eigenkapitalquote ist definiert als Eigenkapital abzüglich Agio im Verhältnis zur Bilanzsumme.

c. Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres sind um 254 Mio. € bzw. 7 % auf 4.017 Mio. € gestiegen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die Geschäftsbereiche:

Gesamtleistung	2023			2022			Veränderung	
	GnB	InS	gesamt	GnB	InS	gesamt	gesamt	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Umsatzerlöse	3.775	242	4.017	3.564	199	3.763	254	7
Bestandsveränderung	4	5	9	2	1	3	6	> 100
Aktivierte Eigenleistungen	0,5	0	0,5	0,5	0	0,5	0	0
Gesamtleistung	3.780	247	4.027	3.567	200	3.767	260	7

Der Anstieg der Umsatzerlöse steht im Zusammenhang mit der gestiegenen Leistungserbringung an die Auftraggeber. Dabei wirkt sich im GnB mit einem um 211 Mio. € auf 3.775 Mio. € erhöhten Umsatz vor allem die Abarbeitung des hohen Auftragsbestandes der Vorjahre aus. Bei InS ergibt sich der um 43 Mio. € gestiegene Umsatz ebenfalls aus einer höheren Leistungserbringung.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein signifikanter Rückgang um rund 80 Mio. € von 100 Mio. € auf 20 Mio. € zu verzeichnen, der hauptsächlich auf den im Vorjahr ausgewiesenen Ertrag aus dem Ausgleichsanspruch für den Nachschuss an die DPAG (77 Mio. €) zurückzuführen ist. Des Weiteren haben sich hier gegenüber dem Vorjahr verminderte Rückstellungsaufösungen in Höhe von rd. 8 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) ausgewirkt.

Der Materialaufwand ist um 150 Mio. € auf 2.271 Mio. € gestiegen. Dabei haben sich die Aufwendungen für bezogene Waren um 14 Mio. € reduziert und die Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen um 164 Mio. € erhöht. Hier haben sich insbesondere die gestiegenen Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen mit + 152 Mio. € ausgewirkt. Im Kapitel „III. e. Ressourceneinsatz“

wird auf diese Position mit der Darstellung der Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen eingegangen.

Der Personalaufwand hat sich von 1.566 Mio. € um 6 Mio. € auf 1.572 Mio. € erhöht. Im Vorjahr haben sich in diesem Posten die Aufwendungen für den Nachschuss an die DPAG (95 Mio. €) ausgewirkt, die zum Teil durch sonstige Erträge kompensiert wurden. Bereinigt um diesen Effekt hat sich der Personalaufwand um 88 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung ist auf den Zuwachs von Personal (212 Mitarbeiter*innen, d. s. + 0,8 %) und Entgeltsteigerungen aus den laufenden Tarifanpassungen sowie einer einmaligen Inflationsausgleichsprämie zurückzuführen. Im Einzelnen verweisen wir zur Personalentwicklung auf Kapitel „III. e. Ressourceneinsatz“.

Der sonstige betriebliche Aufwand hat sich von 93 Mio. € um rund 25 Mio. € auf 117 Mio. € erhöht. Dies geht im Wesentlichen auf gestiegene Bürobetriebskosten (+ 6 Mio. €), hauptsächlich aufgrund von höheren Aufwendungen für den IT-Betrieb, und gestiegene Beratungskosten (+ 10 Mio. €) im Zusammenhang mit der Large Scale Solution S4GIZ und der Einführung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) zurück.

Das Finanzergebnis hat sich von –0,7 Mio. € auf 5,5 Mio. € verbessert. Die Veränderung resultiert insbesondere aus höheren Zinserträgen.

Insgesamt ergab sich für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von rund 70 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €). Die nachfolgende Tabelle zeigt das Jahresergebnis nach Geschäftsbereichen:

Jahresergebnis	2023	2022	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
GnB	60,1	62,5	- 2,4	- 4
InS	9,5	3,4	+ 6,1	> 100
GIZ gesamt	69,6	65,9	+ 3,7	+ 6

Das Ergebnis im GnB liegt etwas unter Vorjahresniveau. Das Ergebnis im Vorjahr war beeinflusst durch hohe Rückstellungsaufösungen von 10 Mio. €. Trotz weiter gestiegener Leistungsumsetzung und dem höheren Gewinnzuschlag konnte das Vorjahresergebnis daher nicht ganz erreicht werden. Gründe für das außergewöhnlich hohe Jahresergebnis 2023 im Bereich InS sind zum einen das weitere Anwachsen des Portfolios mit einem positiven Margeneffekt und zum anderen die Begleichung von Altforderungen aus Projekten in Saudi-Arabien, die zu einem einmaligen positiven Ergebniseffekt aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Risikorückstellungen in Höhe von 6 Mio. € geführt haben.



d. Investitionen und deren Finanzierung

Die Investitionsplanung der GIZ ist im Wesentlichen durch die geplanten Digitalisierungsprojekte mit rd. 26 Mio. €, insbesondere die Large Scale Solution S4GIZ, sowie den Neubau des GIZ-Campus Eschborn mit einem Gesamtvolumen bis 2025 von 234 Mio. € geprägt.

Die Finanzierung der Immobilieninvestitionen erfolgt durch zwei langfristige Darlehensverträge. Für beide variabel verzinsten Finanzierungen sind Zinsswap-Vereinbarungen zur Zinssicherung geschlossen worden. Das Darlehen für den GIZ-Campus Bonn valutiert zum Stichtag noch mit 63 Mio. €, ist bereits seit 2021 voll ausgezahlt und in der Tilgungsphase mit einer planmäßigen Tilgung von 9 Mio. € p. a. und einem Zins von 0,76 % p. a. Das Darlehen für den im Bau befindlichen GIZ-Campus Eschborn valutiert nach Auszahlung der zweiten Tranche im Jahr 2023 mit 110 Mio. € bei einem Gesamtvolumen von 230 Mio. €, der Zins beträgt 2,093 % p. a.

Die übrigen Investitionen werden aus eigenen Mitteln der Gesellschaft finanziert. Zu den Vergaben verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt III. e.

Im Zusammenhang mit den Investitionen besteht ein Bestellobligo in Höhe von 121 Mio. €.

III. Wirtschaftliche Lage

a. Gesamtaussage

Die GIZ hat das Geschäftsjahr 2023 trotz schwieriger Rahmenbedingungen (siehe Abschnitt I. c.) zufriedenstellend abschließen können.

- Die Auftragseingänge sind stabil auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.
- Das Geschäftsvolumen ist um 0,6% gesunken; dabei sanken die Einnahmen im GnB um 70 Mio. € (-1,8%), während die Gesamtleistung von InS um 47 Mio. € (+23,5%) stieg.
- Die Steuerungskennzahl des GnB liegt mit 11,6% um 0,2 Prozentpunkte unter dem Plan.
- Das Betriebsergebnis von InS hat sich um rund 6 Mio. € auf 11 Mio. € verbessert.
- Der Personalbestand ist um 212 Personen (+0,8%) gestiegen.

Die Steuerung der GIZ erfolgt insbesondere auf Basis der im Folgenden erläuterten Kennzahlen:

Plan-Ist-Vergleich		Plan 2023	Ist 2023	Abweichung Ist-Plan
Auftragseingänge				
GnB	Mio. €	3.974	3.742	-232
InS	Mio. €	200	230	30
Summe	Mio. €	4.174	3.972	-202
Einnahmen GnB	Mio. €	3.817	3.721	-96
Gesamtleistung InS	Mio. €	245	247	2
Geschäftsvolumen	Mio. €	4.062	3.968	-94
Steuerungskennzahl	%	11,8	11,6	-0,2
Betriebsergebnis InS	Mio. €	2,1	10,9	8,8
Jahresergebnis InS	Mio. €	1,3	9,5	8,2
Personalbestand zum Stichtag				
Strukturpersonal Inland	Anzahl	2.844	2.970	126
Projektpersonal Inland	Anzahl	2.842	2.940	98
Entsandtes Auslandspersonal	Anzahl	2.761	2.626	-135
MTV- oder TVöD- beschäftigtes Personal	Anzahl	8.447	8.536	89
Nationale Mitarbeitende	Anzahl	17.457	17.098	-359
Gesamtpersonalbestand	Anzahl	25.904	25.634	-270

Die Entwicklung der einzelnen Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird im Folgenden näher erläutert.

b. Auftragsentwicklung und Auftragsbestand

Auftragsentwicklung

Die GIZ verzeichnete im Jahr 2023 insgesamt Auftragseingänge in Höhe von 3.972 Mio. €. Dies entspricht dem Vorjahresniveau (3.979 Mio. €) und der Plan wurde um 202 Mio. € bzw. 5% unterschritten (siehe „wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ bzw. den entsprechenden Absatz zum GnB). Die Auftragseingänge sind im GnB im Vergleich zum Vorjahr um 77 Mio. € (2%) auf 3.742 Mio. € gestiegen und bei InS um 84 Mio. € (27%) auf 230 Mio. € gesunken. Der Anteil des GnB am gesamten Auftragsingang ist um 2%-Punkte auf 94% gestiegen.

Die folgende Tabelle stellt – differenziert nach den Geschäftsbereichen und Geschäftsfeldern – die im Folgenden erläuterten Auftrags-
einträge der GIZ dar.

Auftragseingänge	Ist 2023	Anteil	Ist 2022	Anteil	Veränderung
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	3.742	94	3.665	92	2
davon BMZ	3.181	80	3.210	81	-1
BMZ-Haushaltsmittel	2.572	65	2.753	69	-7
Kofinanzierungen zu BMZ-Vorhaben	610	15	456	11	34
davon DÖAG	525	13	418	11	26
DÖAG-Haushaltsmittel	504	13	343	9	47
Kofinanzierungen zu DÖAG-Vorhaben	20	0	75	2	-73
davon sonstige Geschäftsfelder	36	1	37	1	-3
InS	230	6	314	8	-27
GIZ gesamt	3.972	100	3.979	100	0

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Auftragseingänge im Gemeinnützigen Bereich

Im GnB wurden im Jahr 2023 Auftragseingänge in Höhe von 3.742 Mio. € verzeichnet. Der Vorjahreswert wurde um 77 Mio. € (2%) übertroffen und der Plan wurde zu 94% erreicht.

Im Geschäftsfeld BMZ haben sich die Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 28 Mio. € (-1%) auf 3.181 Mio. € reduziert und lagen um 78 Mio. € (-2%) unter dem Plan. Diese Entwicklung zeigte sich bei den Haushaltsmitteln und ist insbesondere auf die VE-Sperre zurückzuführen.

Im Geschäftsfeld DÖAG haben sich die Auftragseingänge um 107 Mio. € (26%) deutlich erhöht, ursächlich dafür sind überjährige Verschiebungen von Aufträgen, die ursprünglich im Jahr 2022

erwartet wurden. Aufgrund von Verzögerungen im Beauftragungsprozess der Internationalen Klimaschutzinitiative konnten die Planwerte für Kofinanzierungen jedoch nur zu 76% realisiert werden.

Auftragseingänge im Bereich International Services

InS erzielte im Jahr 2023 Auftragseingänge in Höhe von 230 Mio. €, womit der Vorjahreswert um 84 Mio. € (-27%) unterschritten, jedoch die Planung um 30 Mio. € (15%) übertroffen wurde. Die Abweichung zum Plan ist den Unsicherheiten geschuldet, die zu dem sehr frühen Zeitpunkt der Planung bestehen. Im Jahr 2023 erhielt InS folgende großvolumige Aufträge (> 10 Mio. €):

- 48 Mio. € für die Aufstockung des Vorhabens „Flexibilitätsinstrument Stabilisierung (FIS) Afghanistan“ im Auftrag des Auswärtigen Amtes
- 18 Mio. € für das Vorhaben „Ghana Green Cooling“ im Auftrag der Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation KliK
- 17 Mio. € für eine Maßnahme in Georgien im Rahmen der European Peace Facility im Auftrag der EU,
- 15 Mio. € für die Aufstockung des Vorhabens „Förderprogramm Europäische Klimaschutzinitiative (EUKI)“ im Auftrag des BMWK.

Auftragsbestand

Per 31. Dezember 2023 belief sich der Auftragsbestand auf 9.993 Mio. € und lag somit um 224 Mio. € (-2,2%) unter dem Vorjahreswert (10.217 Mio. €). Vom gesamten Auftragsbestand entfielen 9.453 Mio. € (Vorjahr: 9.638 Mio. €) auf den GnB und 540 Mio. € auf InS (Vorjahr: 579 Mio. €).

c. Entwicklung des Geschäftsvolumens

Im Geschäftsjahr 2023 konnte das Geschäftsvolumen entgegen der Planung nicht erneut gesteigert werden: Mit 3.968 Mio. € wurde der Vorjahreswert um 23 Mio. € (-0,6%) und der Planwert von 4.052 Mio. € um 84 Mio. € unterschritten. Dieser Wert setzt sich zusammen aus Einnahmen im GnB in Höhe von 3.721 Mio. € (-70 Mio. € ggü. dem Vorjahr und -96 Mio. € ggü. dem Plan)

und einer Gesamtleistung von InS in Höhe von 247 Mio. € (+47 Mio. € ggü. dem Vorjahr und +2 Mio. € ggü. dem Plan).

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Geschäftsvolumens der Geschäftsbereiche und Geschäftsfelder der GIZ. Anschließend folgt eine Erläuterung dieser Entwicklungen.

Geschäftsvolumen	Ist 2023	Anteil	Ist 2022	Anteil	Veränderung
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	3.721	94	3.791	95	-2
davon BMZ	3.267	82	3.388	85	-4
BMZ-Haushaltsmittel	2.678	67	2.859	72	-6
Kofinanzierungen zu BMZ-Vorhaben	589	15	529	13	11
davon DÖAG	421	11	377	9	12
DÖAG-Haushaltsmittel	377	10	334	8	13
Kofinanzierungen zu DÖAG-Vorhaben	44	1	43	1	3
davon sonstige Geschäftsfelder	33	1	26	1	27
InS	247	6	200	5	24
GIZ gesamt	3.968	100	3.991	100	-1

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Einnahmen im Gemeinnützigen Bereich

Im GnB wurden im Jahr 2023 Einnahmen in Höhe von 3.721 Mio. € realisiert. Der Vorjahreswert hat sich um 70 Mio. € (-2%) verringert und die Planung wurde um 96 Mio. € (-3%) unterschritten. Ursächlich für diese Entwicklung ist insbesondere, dass aus dem TZ-Titel im Jahr 2023 weniger Barmittel zur Verfügung standen als im Vorjahr und auch aus den Sonderinitiativen (SI) infolge geringerer Baransätze im Haushalt 2023 weniger Einnahmen erzielt werden konnten. Im Geschäftsfeld BMZ haben sich die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 121 Mio. € (-4%)

auf 3.267 Mio. € verringert. Während aus Kofinanzierungen höhere Einnahmen erzielt werden konnten, haben sich die Einnahmen aus Haushaltsmitteln infolge der haushalterischen Situation (siehe „wirtschaftliche Rahmenbedingungen“) verringert. Der Plan 2023 wurde um 17 Mio. € (1 %) leicht übertroffen, wobei diese Entwicklung vornehmlich auf die Kofinanzierungen zurückzuführen ist. Im vierten Quartal konnten höhere Zahlungseingänge von Drittmittelgebern verzeichnet werden als geplant.

Im Geschäftsfeld DÖAG liegen die Einnahmen mit 421 Mio. € um 44 Mio. € (12 %) über dem Vorjahreswert, jedoch um 114 Mio. € (-21 %) unter dem Plan. Ursächlich für die Planunterschreitung ist v. a., dass infolge der Entwicklung der Auftragseingänge nicht alle Einnahmen realisiert werden konnten.

In den sonstigen Geschäftsfeldern haben sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 7 Mio. € auf 33 Mio. € erhöht.

Ergebnisrechnung im Bereich International Services

International Services erzielte im Jahr 2023 eine Gesamtleistung in Höhe von 247 Mio. €. Damit wurde der Vorjahreswert um 47 Mio. € (+24 %) übertroffen und lag geringfügig über der Planung.

Bei International Services konnte das Betriebsergebnis mit 11 Mio. € gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert werden (2022: 5 Mio. €) und auch das Jahresergebnis liegt mit 10 Mio. € um 8 Mio. € über der Planung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sowohl das Betriebsergebnis als auch das Jahresergebnis durch einmalige Auflösungen von Wertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe von 6 Mio. € beeinflusst waren.

d. Steuerungskennzahl

Im GnB lag die Steuerungskennzahl, die sich aus dem Verhältnis der Steuerungskosten des jeweils aktuellen Jahres zum Vierjahresdurchschnitt der Einnahmen im GnB errechnet, 2023 bei 11,6 % (2022: 10,0 %) und unter der Planung von 11,8 %. Die Verbesserung gegenüber dem Plan um 0,2 Prozentpunkte ergibt sich aus einer Entlastung um rd. 0,3 Prozentpunkte durch die geringeren Steuerungskosten im Jahr 2023, welche insbesondere den Bereich DIGITS und die kalkulatorischen Zinsen auf das betriebsnotwendige Kapital betreffen. Von den vorgenannten rd. 0,3 Prozentpunkten werden rd. 0,1 Prozentpunkte durch geringere Einnahmen in den Jahren 2023 und 2024 wieder neutralisiert.

e. Ressourceneinsatz

Entwicklung des Personalbestandes

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalbestandes der GIZ zum Stichtag 31. Dezember 2023 im Vergleich zum entsprechenden Stichtag des Vorjahres:

Personalbestand der GIZ ¹ (Headcount, stichtagsbezogen)	Ist	Ist	Veränderung	
	31.12.2023	31.12.2022	absolut	in %
Strukturpersonal Inland – GnB	2.844	2.599	245	9,4
Projektpersonal Inland – GnB	2.906	2.846	60	2,1
Entsandtes Auslandspersonal – GnB	2.568	2.642	-74	-2,8
Gesamt – GnB	8.318	8.087	231	2,9
Strukturpersonal Inland – InS	126	120	6	5,0
Projektpersonal Inland – InS	34	38	-4	-10,5
Entsandtes Auslandspersonal – InS	58	57	1	1,8
Gesamt – InS	218	215	3	1,4
MTV- oder TVöD-beschäftigtes Personal	8.536	8.302	234	2,8
Nationale Mitarbeiter*innen	17.098	17.120	-22	-0,1
Gesamtpersonalbestand	25.634	25.422	212	0,8
Fachkräfte im Entwicklungsdienst	285	353	-68	-19,3
Integrierte Fachkräfte ²	113	143	-30	-21,0
Rückkehrende Fachkräfte ²	92	257	-165	-64,2

¹ ohne Vorstand, Aushilfen, Auszubildende, Praktikant*innen, Beurlaubte

² Arbeitsverhältnis mit lokalen Arbeitgebern in den Partnerländern

Zum Jahresende 2023 waren 25.634 Mitarbeiter*innen für die GIZ tätig. Gegenüber dem Vorjahresstichtag entspricht dies einem Anstieg um 212 Personen (+ 0,8 %). Der Zuwachs lag damit um ca. 0,9 % unter dem Planwert aus dem Vorjahr.

Die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit einem deutschen Arbeitsvertrag ist im GnB um 231 Personen (+ 2,9 %) und im Geschäftsbereich InS um 3 Mitarbeiter*innen (+ 1,4 %) gestiegen. Die Anzahl der Nationalen Mitarbeiter*innen hat sich gegenüber dem Jahresende 2022 dagegen um 22 Personen (–0,1 %) leicht verringert. In der Summe der entsandten Auslandsmitarbeiter*innen und Nationalen Mitarbeiter*innen ist ein Rückgang von insgesamt 95 Mitarbeiter*innen zu verzeichnen. Dabei war die Entwicklung in einzelnen Ländern unterschiedlich. In insgesamt 63 Ländern gab es einen Anstieg zu verzeichnen. Die Partnerländer mit größtem Zuwachs sind Marokko (+ 75 Personen), Ukraine (+ 48 Personen), Ruanda (+ 40 Personen), Côte d'Ivoire (+ 39 Personen) und Indonesien (+ 39 Personen). In 55 Ländern ist die Anzahl der Mitarbeiter*innen, die vor Ort tätig sind, gesunken.

Darüber hinaus waren 285 Fachkräfte im Entwicklungsdienst (frühere Bezeichnung: Entwicklungshelfer*innen) sowie 113 Integrierte und 92 Rückkehrende Fachkräfte mit einem Arbeitsvertrag bei Organisationen oder Firmen in Partnerländern für die GIZ tätig. Die Anzahl hat sich bei diesen Beschäftigungsgruppen im Laufe des Jahres 2023 deutlich reduziert.

Rahmenbedingungen zur Gehaltsentwicklung

Im Rahmen der Tarifverhandlungen 2023 einigten sich die Tarifparteien auf eine Tarifierhöhung zum 1.11.2023 um 3 % und zum 1.8.2024 um 4 %. Die Bandober- und -untergrenzen werden entsprechend angehoben. Die Auszubildendenvergütung wurde zum 1.11.2023 um 220 Euro brutto angehoben. Darüber hinaus wurde eine einmalige Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 Euro für tarifliche Mitarbeitende und 1.500 Euro für Auszubildende gewährt. Der aktuelle Tarifvertrag läuft bis zum 31.3.2025.

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der weltweiten Vergaben von Dienstleistungs- und Bauverträgen, Sachgüterbestellungen und Finanzierungen durch die GIZ in den Jahren 2023 und 2022 dar.

Vergaben*	Ist 2023	Ist 2022	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Dienstleistungsverträge Zentrale	570	562	8	1
Bauverträge Zentrale	4	5	-1	-25
Finanzierungen Zentrale	788	870	-82	-9
Sachgüterbestellungen Zentrale	136	139	-3	-2
Summe Zentrale	1.498	1.576	-78	-5
Dienstleistungsverträge vor Ort	270	288	-18	-6
Bauverträge vor Ort	28	33	-5	-14
Finanzierungen vor Ort	67	79	-12	-15
Sachgüterbestellungen vor Ort	84	123	-39	-31
Summe vor Ort	449	523	-74	-14
Vergaben gesamt	1.947	2.099	-152	-7

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

* Unter dem Begriff „Vergaben“ wird sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne des Vergaberechts §103 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) als auch die Mittelvergabe im Rahmen von Finanzierungen zusammengefasst.

Im Jahr 2023 hat die GIZ Verträge mit Auftragnehmern und Finanzierungsempfängern mit einem Gesamtwert von rund 1.947 Mio. € (–7 % im Vergleich zum Vorjahr) abgeschlossen. Das Vergabevolumen beträgt im Verhältnis zum Geschäftsvolumen der GIZ 49 %.

Weltweit hat die GIZ im Jahr 2023 Finanzierungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 855 Mio. € vergeben, davon 788 Mio. € über die Zentrale und 67 Mio. € vor Ort. Dies entspricht rund 44 % des gesamten Vergabevolumens und ist somit der größte Einzelposten unter den Vergaben. Gegenüber dem Vorjahr ist das Volumen der weltweit geschlossenen Finanzierungen um 10 % gesunken.

Der zweitgrößte Posten unter den Vergaben im Jahr 2023 waren Dienstleistungsverträge mit einem weltweiten Vergabevolumen in Höhe von 840 Mio. €, davon 570 Mio. € in der Zentrale und 270 Mio. € vor Ort. Im Vergleich zum Vorjahr ist das weltweite Volumen von Dienstleistungsverträgen mit Firmen und Einzelpersonen um 1 % zurückgegangen.

Von den im Jahr 2023 weltweit getätigten Sachgüterbeschaffungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 220 Mio. € wurden 136 Mio. € durch die GIZ-Zentrale und 84 Mio. € in den Landesbüros getätigt. Die weltweiten Sachgüterbeschaffungen sind gegenüber dem Jahr 2022 um 16 % zurückgegangen.

Die GIZ hat im Jahr 2023 weltweit Bauverträge mit einem Gesamtwert von 32 Mio. € abgeschlossen. Das Volumen ist damit gegenüber dem Vorjahr um 16 % gesunken.

IV. Anteil von Frauen im Vorstand, in den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands, im Aufsichtsrat und Kuratorium

a. Anteil von Frauen im Vorstand

Laut Gesellschaftsvertrag der GIZ soll der Anteil von Frauen im Vorstand mindestens 40 % betragen. Solange dieser Anteil nicht erreicht ist, soll der Aufsichtsrat bei Vorliegen von gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach umfassender Einzelfallabwägung Frauen bevorzugt berücksichtigen.

Für die Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Vorstand 50 % betragen soll. In der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (GOAR) wurde hierzu festgehalten, dass bei einer ungeraden Anzahl der Vorstandsmitglieder das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen nur einen Sitz umfassen soll.

Im Berichtszeitraum gehörten dem Vorstand bis zum 15. August 2023 ein Mann und eine Frau an. Dies entspricht einem Frauenanteil von 50 %. Nach dem Eintreten von Frau Herken in den Vorstand am 15. August 2023 erhöhte sich der Frauenanteil auf 66,66 %.

b. Anteil von Frauen in den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands/der Geschäftsleitung

Laut Ziff. 7.1 PCGK ist die Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen auch in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsleitung darzustellen.

Der Anteil der Frauen in der ersten Ebene unterhalb des Vorstandes (in Band 8) veränderte sich im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr mit sechs (vorher fünf) Frauen auf 46,2 % (Vorjahr: 38,5 %). In der Ebene darunter (in Band 7) veränderte sich ihr Anteil im Jahr 2023 auf 48 (Vorjahr: 50) und betrug 42,5 % (Vorjahr: 44,2 %). Insgesamt änderte sich somit der Frauenanteil auf den beiden Ebenen unterhalb des Vorstandes von 55 Frauen und einem Anteil von 43,7 % im Jahr 2022 auf 54 Frauen und einen Anteil von 42,9 % im Jahr 2023.

c. Anteil von Frauen im Aufsichtsrat

Ziff. 6.2.1 PCGK sieht vor, dass das Überwachungsorgan so zusammengesetzt sein soll, dass die ggf. bestehenden gesetzlichen Quoten bzw. freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen gesetzten internen Ziele zur Zusammensetzung, insbesondere hinsichtlich der Qualifikation und der gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter, erreicht werden. Die Gesellschafterin hat zudem bei der Bestellung der Mitglieder das Bundesgremienbesetzungsgesetz zu beachten.

Um den Vorgaben des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst nachzukommen, hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Aufsichtsrat 50 % betragen soll, und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat entsprechend ergänzt.

Der Anteil der Frauen unter den 10 Mitgliedern, die von der Gesellschafterin bestellt wurden, lag im Jahr 2023 bei fünf Frauen und fünf Männern. Die zehn Arbeitnehmervertreter*innen setzen sich ebenfalls aus fünf Frauen und fünf Männern zusammen. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 hatte der Aufsichtsrat insgesamt 20 Mitglieder. Damit betrug der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat zum Stichtag 50 %.

d. Anteil von Frauen im Kuratorium

Die GIZ hat gemäß § 24 des Gesellschaftsvertrages ein Kuratorium mit bis zu 40 Mitgliedern. Unter den 40 Mitgliedern, die das Kuratorium am 31. Dezember 2023 hatte, befanden sich 17 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 42,5 %. Somit ist der Anteil von Frauen im Vergleich zum Vorjahr (2022: 40 %) gestiegen.

V. Ausblick

a. Geplante Geschäftsentwicklung

Die Plan- und Vorschauwerte der Auftragseingänge und Einnahmen beruhen auf den gegenwärtigen Einschätzungen des Vorstands zur Geschäftsentwicklung. Diese berücksichtigen insbesondere das Haushaltsgesetz 2024 vom 10. Februar 2024, die mittelfristige Finanzplanung des Bundes aus 2023 und die Ergebnisse des institutionellen und operativen Dialogs mit den Auftraggebern im GnB sowie den Auftragsbestand und die aktuelle Akquisitionspipeline im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich InS.

Auftragseingänge GnB

Im GnB werden für das Jahr 2024 Auftragseingänge in Höhe von 3.611 Mio. € geplant. Dieser Planansatz liegt um 131 Mio. € (4%) unter dem Ist 2023 und ist insbesondere auf die rückläufigen Haushaltsmittel zurückzuführen. Im Geschäftsfeld BMZ werden für das Jahr 2024 Auftragseingänge in Höhe von 3.037 Mio. € geplant. Davon entfallen 1.746 Mio. € (58%) auf den TZ-Titel, 340 Mio. € (11%) auf die Sonderinitiativen, 209 Mio. € (7%) auf die übrigen Haushaltstitel sowie 743 Mio. € (25%) auf Kofinanzierungen Dritter.

Gegenüber dem Ist 2023 werden im Geschäftsfeld BMZ um 144 Mio. € (5%) niedrigere Auftragseingänge erwartet, die insbesondere im TZ-Titel und in den übrigen Haushaltstiteln auf die haushalterische Entwicklung zurückgehen. Die GIZ ist bestrebt, diese Entwicklung durch erfolgreiche Akquisitionen von Kofinanzierungen Dritter – zumindest teilweise – zu kompensieren. Im Geschäftsfeld DÖAG wird eine geringfügige Steigerung angestrebt:

Die geplanten Auftragseingänge liegen mit 528 Mio. € um 3 Mio. € (1%) über dem Ist 2023. Die höheren Auftragseingangserwartungen resultieren insbesondere aus einer pipelinebasierten hohen Erwartung von Auftragseingängen, die bereits weitgehend konkretisiert sind, sowohl aus dem Titel „Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland (IKI)“ als auch durch erwartete Beauftragungen von Großvorhaben aus dem BMWK (außerhalb der IKI). Bei den Kofinanzierungen wird gegenüber dem Ist 2023 eine deutliche Steigerung erwartet, die nahezu dem Ist 2022 entspricht und u. a. aus großvolumigen Einzelopportunitäten im Rahmen der Mitigation Action Facility resultieren soll.

Der Vorschauwert 2025 liegt insgesamt bei 3.465 Mio. € (–146 Mio. € bzw. –4% gegenüber dem Plan 2024), während der Vorschauwert 2026 mit 3.418 Mio. € angesetzt wird (–47 Mio. € bzw. –1% gegenüber dem Vorschauwert 2025). In der Vorschau wurde davon ausgegangen, dass insbesondere die Auftragseingänge bei den DÖAG deutlich rückläufig sind, während die Auftragsingänge aus dem BMZ nur geringfügig sinken.

Auftragseingänge InS

InS plant für das Geschäftsjahr 2024 Auftragseingänge in Höhe von 385 Mio. €. Gegenüber dem Ist 2023 steigt der Planwert um 155 Mio. € (67%). Ursächlich für den deutlichen Anstieg ist vor allem ein großvolumiger Auftrag in Höhe von ca. 100 Mio. €, der von der Global Partnership for Education (GPE) erwartet wird. In den Jahren 2025 und 2026 werden Auftragseingänge in Höhe von 245 Mio. € bzw. 251 Mio. € erwartet.

Auftragseingänge	Ist 2023	Anteil	Plan	Vorschau	Vorschau
	in Mio. €		in Mio. €	2025	2026
		in %	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
GnB gesamt	3.742	94	3.611	3.465	3.418
davon BMZ	3.182	80	3.037	3.013	3.008
davon DÖAG	525	13	528	426	385
davon sonstige Geschäftsfelder	36	1	46	26	26
InS	230	6	385	245	251
GIZ gesamt	3.972	100	3.996	3.710	3.669

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Geschäftsvolumen

Für das Jahr 2024 plant die GIZ ein Geschäftsvolumen in Höhe von 3.738 Mio. €, das sich aus Einnahmen in Höhe von 3.475 Mio. € und einer Gesamtleistung in Höhe von 263 Mio. € ergibt. Der Planwert liegt um 226 Mio. € (6%) unter dem Ist 2023. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein Geschäftsvolumen in Höhe von 3.697 Mio. € bzw. 3.593 Mio. € erwartet. Die Details zu diesen Entwicklungen werden in den folgenden beiden Abschnitten beschrieben.

Einnahmen im gemeinnützigen Geschäftsbereich

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einnahmen im GnB in den Jahren 2022 bis 2026 im Detail:

Einnahmen	Ist 2022	Ist 2023	Plan 2024	Vorschau 2025	Vorschau 2026
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
BMZ	3.388	3.267	2.979	2.892	2.807
davon TZ-Titel	1.955	1.862	1.748	1.670	1.650
davon Sonderinitiativen	619	533	471	442	386
davon übrige BMZ-Titel	286	282	243	220	211
davon Kofinanzierungen Dritter	529	589	517	560	560
DÖAG	377	421	458	482	459
davon Haushaltsmittel	334	377	408	422	399
davon Kofinanzierungen Dritter	43	44	50	60	60
Sonstige Geschäftsfelder	26	33	38	39	39
GnB gesamt	3.791	3.721	3.475	3.413	3.305

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Insgesamt liegen die für das Jahr 2024 geplanten Einnahmen bei 3.475 Mio. € und damit 246 Mio. € (7%) unter dem Ist 2023. Im Geschäftsfeld BMZ werden für das Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 2.979 Mio. € geplant. Davon entfallen 1.748 Mio. € (59%) auf den TZ-Titel, 471 Mio. € (16%) auf die Sonderinitiativen³, 243 Mio. € (8%) auf die übrigen Haushaltstitel sowie 517 Mio. € (17%) auf Kofinanzierungen Dritter. Während im Geschäftsfeld

BMZ aufgrund einer geringeren Barmittelausstattung der für die GIZ relevanten BMZ-Haushaltstitel im Bundeshaushalt 2024 gegenüber dem Ist 2023 deutlich geringere Einnahmen erwartet werden, liegt der Plan 2024 im Geschäftsfeld DÖAG, resultierend aus den hohen Auftrageingängen im Vorjahr, über dem Ist 2023.

Maßgeblich für die geplanten Einnahmen 2024 sind folgende Entwicklungen im GnB:

- Der Baransatz des TZ-Titels soll sich gemäß Bundeshaushalt gegenüber dem Jahr 2023 um 126 Mio. € (7%) auf 1.788 Mio. € reduzieren. Unter Berücksichtigung eines Anteils von 40 Mio. € für andere staatliche TZ-Durchführungsorganisationen (PTB und BGR) erwartet die GIZ im Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 1.748 Mio. €. Gegenüber dem Ist 2023 entspricht dies einem Rückgang um 114 Mio. € (6%).
- Die Baransätze aller Sonderinitiativen sinken im Haushalt 2024 gegenüber dem Haushalt 2023. Dementsprechend wird in diesen Titeln mit sinkenden Einnahmen gerechnet, ausgenommen die SI „Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel“, für die wegen des hohen Auftragsbestands mit kurzfristig steigenden Einnahmen geplant wird.
- Steigende Einnahmen bei den DÖAG werden insbesondere im Rahmen der IKI erwartet.

Der Vorschauwert 2025 liegt insgesamt bei 3.413 Mio. € (–62 Mio. € bzw. –2% gegenüber dem Plan 2024), während der Vorschauwert 2026 mit 3.305 Mio. € angesetzt wird (–108 Mio. € bzw. –3% gegenüber dem Vorschauwert 2025). Aufgrund der sich abzeichnenden Reduzierung der Baransätze der für die GIZ relevanten BMZ-Haushaltstitel werden die Einnahmen aus BMZ-Haushaltsmitteln perspektivisch sinken. Die GIZ ist bestrebt, die Einnahmen aus Kofinanzierungen dennoch auf einem hohen Niveau zu halten, um den Reduzierungen, die aus den Entwicklungen des Bundeshaushalts resultieren, entgegenzusteuern.

Gesamtleistung InS

Für das Jahr 2024 plant InS eine Gesamtleistung in Höhe von 263 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung um 16 Mio. € (6%) im Vergleich zum Ist 2023. Der Anstieg ist auf die hohen Auftrageingänge in den Vorjahren und daraus resultierende Projektumsetzungen zurückzuführen. Für die Jahre 2025 und 2026 rechnet InS mit einer Gesamtleistung in Höhe von 285 Mio. € bzw. 288 Mio. €.

Die Planung für das Jahr 2024 weist ein Jahresergebnis, das Zinsen und Steuern beinhaltet, in Höhe von 3,3 Mio. € aus. Für die Jahre 2025 und 2026 strebt InS ein Jahresergebnis in Höhe von 1,8 Mio. € an.

Steuerungskennzahl

Die Steuerungskennzahl wird voraussichtlich im Jahr 2024 sowie in den Folgejahren die vom Aufsichtsrat gesetzte Obergrenze überschreiten. Ausgehend von den erzielten bzw. geplanten Einnahmen in den Jahren 2023 bis 2026 und den geplanten Steuerungskosten im Jahr 2024 ergibt sich für das Jahr 2024 eine Steuerungskennzahl in Höhe von 12,7%. Gegenüber einer Steuerungskennzahl in Höhe von 11,6% im Ist 2023 ergibt sich eine Erhöhung um rd. 1,1%-Punkte. Hiervon sind rd. 0,4%-Punkte auf rückläufige Einnahmen und rd. 0,7%-Punkte auf die höheren Budgetbedarfe zurückzuführen, die sich insbesondere im Zusammenhang mit der LSS S4GIZ (Effekt von rd. 0,5%-Punkten) und mit dem Tarifabschluss (Effekt von rd. 0,1%-Punkten) sowie bei den kalkulatorischen Zinsen auf das betriebsnotwendige Kapital ergeben. Für das Vorschaujahr 2025 wird eine Steuerungskennzahl in Höhe von 13,0% ausgewiesen, da die Steuerungskosten – bei einem weiterhin hohen Budgetbedarf für Digitalisierung – voraussichtlich nur moderat reduziert werden können. Für das Vorschaujahr 2026 wird mit 12,9% wieder eine Steuerungskennzahl unterhalb von 13,0% angestrebt. Dies impliziert, dass die Steuerungskosten im Jahr 2026 weiter reduziert werden und eine Rückführung der Steuerungskennzahl auf unter 12% verfolgt wird.

³ SI „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“, SI „Geflüchtete und Aufnahmeländer“, SI MENA, SI „Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel“

b. Prognose zum erwarteten Ressourceneinsatz

Entwicklung des Personalbestandes

Der gesamte Personalbestand der GIZ geht im Jahr 2024 gegenüber 2023 voraussichtlich um etwa 4,6 % zurück. Nach dem Anstieg der Beschäftigtenzahl bis zum Jahr 2023 schlagen sich die seit 2023 sinkenden Einnahmen im Gemeinnützigen Bereich auf den Personalbestand nieder. Der hohe Auftragsbestand im GnB sowie die positive Wachstumsprognose von International Services reduzieren diesen Effekt.

Personalbestand	Ist 2023	Plan 2024	Vorschau 2025	Vorschau 2026
Strukturpersonal Inland ¹	2.970	2.849	2.719	2.587
Projektpersonal Inland	2.940	2.785	2.672	2.602
Entsandtes Auslandspersonal	2.626	2.540	2.440	2.377
MTV- oder TVöD-beschäftigtes Personal¹	8.536	8.174	7.831	7.566
Nationale Mitarbeiter*innen	17.098	16.288	15.871	15.421
Gesamtpersonalbestand¹	25.634	24.462	23.702	22.987

¹ ohne Vorstand, ohne Auszubildende

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Eine detaillierte Prognose ist nur eingeschränkt möglich. Der Umfang, in dem Sachgüter-, Bau- und Dienstleistungsverträge sowie Finanzierungen innerhalb eines Geschäftsjahres abgeschlossen werden, resultiert jeweils aus den spezifischen Anforderungen der Projekte. Grundsätzlich ist die Geschäftsentwicklung maßgeblich für die Entwicklung der Vergaben.

c. Risiken und Chancen

Risiken

Das Risikomanagement-System der GIZ fördert den bewussten Umgang mit Risiken und ermöglicht eine standardisierte Risikofassung und -befassung. Es beschreibt Grundsätze, Prozesse und Rollen zum aktiven Umgang mit Risiken. Halbjährlich werden unternehmensweit Risiken erhoben, unabhängig von dieser Abfrage können die Organisationseinheiten jederzeit Ad-hoc-Risiken melden. Für diesen Prozess nutzt die GIZ seit 2023 die integrierte Risikomanagement-Software MIRAI. Der Vorstand der GIZ wird halbjährlich über die Risikosituation informiert und veranlasst über die regelmäßige gremiale Befassung zur Risikosituation (u. a. im Risiko- und Compliance-Kreis) notwendige Maßnahmen. Der Aufsichtsrat erhält Kenntnis im Rahmen der Quartalsberichterstattung.

Für die Jahre 2023 ff. liegt eine besondere Aufmerksamkeit auf folgenden unternehmensweiten Risiken und Herausforderungen:

- Strukturelle Fragilität und Konflikte gehören zu den Rahmenbedingungen in zunehmend mehr Ländern und Regionen, in denen die GIZ tätig ist. Aus den unterschiedlichen Krisenkontexten resultieren insbesondere Sicherheits- und Personalrisiken ([psychische] Gesundheit von Mitarbeiter*innen); aber auch politische, strategische und kaufmännische Risiken (z. B. Kostenentwicklung) können die Zielerreichung von Vorhaben negativ beeinflussen. Die GIZ hat ein professionelles Sicherheitsrisiko- und Krisenmanagement implementiert, um Risiken vorausschauend zu minimieren und die Leistungserbringung in fragilen Kontexten und Hochrisikoländern zu sichern. Aufwendungen für diese Risiken werden aufgrund von Erfahrungswerten in der jährlichen Planungsrechnung berücksichtigt. Konkretisierten Risiken wurde durch bilanzielle Vorsorge Rechnung getragen.
- Sicherheitsrisiken in fragilen Kontexten können durch die Steuerung aus den Projektbüros benachbarter Länder zwar reduziert werden, gleichzeitig erhöhen sich dadurch jedoch die Risiken hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und der treuhänderischen Verantwortung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Leistungs- und Lieferfähigkeit. Für die Erreichung der ange-

strebten Wirkungen bedeutet die Umsetzung über Fernsteuerung eine besondere Herausforderung. Durch engmaschige Steuerung, Anwendung von Krisenplänen und erhöhte Prüfungsfrequenz (interne Kontrolle, Revision und ggf. beauftragte externe Prüfung) wird dem Risiko begegnet. Den im Rahmen dieser Maßnahmen konkretisierten Risiken wurde durch bilanzielle Vorsorge in den Rückstellungen für Gewährleistungen und Preisrisiken Rechnung getragen.

- Die Digitalisierung von Geschäftsprozessen ist eine zentrale Priorität der GIZ. Um diese zu unterstützen, wurden in den letzten Jahren steigende hohe Investitionen (z. B. LSS S4GIZ, LSS ISMS und andere Digitalisierungsprojekte) bereitgestellt. Aufgrund der Komplexität der Veränderungsprozesse und einer eingeschränkten Ressourcenverfügbarkeit (insb. Fach-Personal bedingt durch die Gleichzeitigkeit der Prozesse), können in der Umsetzung Zeitverzögerungen entstehen, die zu Budgetüberschreitungen führen können. Deshalb findet ein enges Projektmonitoring mit Priorisierung auf die wesentlichen Erfolgskomponenten statt. Durch zunehmende Digitalisierung nehmen Bedrohungsszenarien an Komplexität zu und erhöhen die Anforderungen an den Schutz von Informationen und Daten. Die GIZ sensibilisiert die Mitarbeiter*innen regelmäßig zu Bedrohungen und überwacht die Bedrohungslage über den Bereich DIGITS und die Stabsstelle Information Governance.
- Die Altersversorgungssysteme der GIZ werden regelmäßig im Hinblick auf Veränderungen in den versicherungsmathematischen Parametern, der tatsächlichen Lebenserwartungen sowie der Entwicklung des Mindest- bzw. Kassenvermögens für die an die Deutsche Pensionsfonds AG bzw. GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagerten Altersversorgungsverpflichtungen untersucht. Aktuell werden im Prognosezeitraum keine Nachschussrisiken gesehen.
- Grundsätzlich liegt das Risiko von Kostensteigerungen beim Neubau des GIZ-Campus Eschborn aufgrund des vertraglich vereinbarten Festpreises (234 Mio. €) beim Projektentwickler. Der Projektentwickler zeigt zwar aufgrund des Ukraine-Krieges und dessen Folgen eine „Störung der Geschäftsgrundlage“ an. Da der Projektentwickler bislang eine Störung der Geschäftsgrundlage jedoch nicht auf Basis, der nach den gesetzlichen Vorgaben und

der einschlägigen Rechtsprechung geforderten nachvollziehbaren Aufstellungen und Belege nachgewiesen hat, wird das Risiko von Kostensteigerungen derzeit als gering eingeschätzt.

- Für zwei Darlehen zur Immobilienfinanzierung in Bonn und Eschborn (Inanspruchnahme am Bilanzstichtag in Höhe von 173 Mio. €) wurden variable Darlehen mit Zinsswap-Vereinbarungen zur Zinssicherung abgeschlossen. Der vereinbarte variable Zins wurde für jede Zinsabrechnungsperiode der Kreditlaufzeit durch Zinsswaps, angepasst an den Tilgungsplan, abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarungen werden die variablen Zinsaufwendungen für die aufgenommenen Immobiliendarlehen dadurch in Festzinszahlungen transformiert. Mit Blick auf die Gesamtlaufzeit der Darlehen (längstens bis 2055) ergibt sich ein sog. synthetisches Festzinsdarlehen. Finanzielle Risiken werden dadurch nicht gesehen, nur bei einer vorzeitigen Ablösung der Darlehen können – abhängig von dem zu diesem Zeitpunkt relevanten Zinsniveau – Gewinne oder Verluste entstehen.
- Die aktuelle Situation des Bundeshaushaltes und die anstehenden Aufstellungsverfahren dafür stellen für die GIZ große Herausforderungen und Unsicherheiten für die weitere Geschäftsentwicklung dar. Denn der Bundeshaushalt 2024 und die mittelfristige Finanzplanung signalisieren, dass die Einnahmen der GIZ in den kommenden Jahren sinken werden; jedoch beinhaltet die mittelfristige Finanzplanung erhebliche Unsicherheiten, weil es noch keine konsenterte Planung der Bundesregierung zu Art und Umfang von Änderungen gegenüber der aktuell gültigen Fassung vom Juli 2023 gibt. Gleichzeitig wirkt die VE-Sperre vom November 2023 in den Jahren 2024 und folgende nach.

Chancen

Die Darstellung der vielfältigen Risiken zeigt, dass die GIZ auch 2024 in einem sehr fordernden Umfeld tätig ist. Zugleich lassen sich zahlreiche Chancen identifizieren, deren Nutzung im Fokus der diesjährigen Anstrengungen der GIZ stehen wird.

- Als eine Antwort auf rückläufige Haushaltsmittel und eine stärkere Betonung der multilateralen Zusammenarbeit durch die Bundesregierung bietet der Aus- und Aufbau systematischer Partnerschaften mit multilateralen Organisationen für die GIZ wichtige Chancen. Dies steht auch im Einklang mit der neuen multilateralen Strategie des BMZ. Für die GIZ ist die verstärkte Zusammenarbeit mit multilateralen Akteuren dabei nicht nur eine Absicherung des Kerngeschäfts, sondern erschließt auch das Potenzial für neue Wachstumspfade. Im Fokus stehen dabei etwa gemeinsame Akquisen, insbesondere im Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus), oder die Akkreditierung der GIZ bei multilateralen Fonds als potenziellen neuen Drittmittelgebern.
- Gleichzeitig verfolgt die GIZ weiterhin die kurz- und mittelfristige Stabilisierung des EU-Geschäfts sowie anderer Drittmittelgeber auf hohem Niveau durch eine systematischere Ausschöpfung von Kofinanzierungspotenzialen. Für die GIZ kommt es hierbei – mit Blick auf die EU – darauf an, die sich aus dem aktuellen Midterm-Review des EU-Haushaltes 2021–2027 ergebenden regionalen und thematischen Implikationen (u. a. Fokussierung der EU-Kommission auf die Umsetzung von Global Gateway) aufzugreifen und dabei auch die Kooperationsfähigkeit mit anderen Durchführern, aber auch Entwicklungsbanken, unter Team Europe weiter zu stärken. Die Absenkung des Schwellenwerts für den BMZ-Anteil am Gesamtauftragswert von 30 % auf 25 %, die Ausweitung der Ausnahmen von diesem Schwellenwert – unter anderem für Kofinanzierungen im Rahmen regionaler Team-Europe-Initiativen – sowie unterjährige Strategiegelgespräche zwischen BMZ und GIZ unterstützen diese Strategie.

- Die Energiewende und der Klimaschutz werden immer dringlicher, so auch die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien und die Klimafinanzierung. Das Board des Green Climate Fund (GCF) hat im Oktober 2023 der Verlängerung der Akkreditierung der GIZ um weitere fünf Jahre ab Januar 2024 zugestimmt. Hieraus entstehen Chancen für die Geschäftsentwicklung im Bereich der Klimafinanzierung. Ein Beispiel hierfür ist das ebenfalls am 24. Oktober 2023 genehmigte Projekt „Thai Rice: Strengthening Climate-Smart Rice Farming“ mit einem Volumen von 118 Mio. € (38 Mio. € GCF-Mittel), das auf innovative Weise gemeinsam mit dem Privatsektor zur Methanminderung in der Landwirtschaft in Thailand beiträgt.
- Eine neue Kooperation zwischen der Stiftungsallianz GEAPP – gegründet durch die IKEA Foundation, Rockefeller Foundation und den Bezos Earth Fund – und der GIZ zielt darauf ab, gemeinsam einen Beitrag zur weltweiten Energiewende und zur Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien für nachhaltige Entwicklung zu leisten. Den Startpunkt der Partnerschaft markiert eine Kooperation in Malawi; weitere länderübergreifende Initiativen – zur Entwicklung innovativer Finanzierungsmodelle und zum Aufbau von Know-how im Bereich erneuerbarer Energien – sind in Planung.
- Die Veröffentlichung von ChatGPT-4 im November 2022 hat die Diskussion um generative künstliche Intelligenz (KI) zur Verbesserung der weltweiten Lebensbedingungen sowie zur Lösung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels beschleunigt. Zugleich stieg auch das Bewusstsein für mögliche Risiken. Für die GIZ ergeben sich hierdurch gegenwärtig und in den kommenden Jahren vielfältige neue Möglichkeiten in der Leistungserbringung und der Kooperation mit Partnern.



Im Rahmen der unterjährigen Prognosen werden die Auswirkungen der oben genannten Risiken auf die Geschäftsentwicklung analysiert und bewertet. Als Ergebnis der Analyse der Chancen und Risiken, Gegenmaßnahmen, Absicherungen und Vorsorgen sind auf Basis der gegenwärtigen Risikobewertung keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Informationen zur nichtfinanziellen Erklärung im Sinne des § 289b HGB sind über die Internetseite des integrierten Unternehmensberichtes der GIZ abrufbar. Wir erfüllen mit diesem Bericht die Anforderungen der Global Reporting Initiative und des UN Global Compact. Der integrierte Unternehmensbericht kann unter <https://berichterstattung.giz.de> abgerufen werden. Zudem berichten wir alle zwei Jahre entsprechend dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Bonn / Eschborn, 21. Mai 2024

Der Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel

Vorstandssprecher

Anna Sophie Herken

Vorstandsmitglied

Ingrid-Gabriela Hoven

Stellvertretende Vorstandssprecherin

02

Jahres-
abschluss
2023

Bilanz

zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	Anhang	31.12.2023		31.12.2022	
		in €		in T€	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.101.419,48		2.955	
2. Geleistete Anzahlungen		1.299.029,87	3.400.449,35	1.214	4.169
II. Sachanlagen	(1)				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		283.752.795,90		293.300	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		23.538.129,00		23.311	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		128.983.390,10	436.274.315,00	106.394	423.005
III. Finanzanlagen	(2)				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00		25	
2. Beteiligungen		535.862,01		536	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens		202.667.845,23		202.668	
4. Sonstige Ausleihungen		111.102,94		151	
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben		0,00	203.339.810,18	18.045	221.425
			643.014.574,53		648.600
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	(3)				
1. Noch nicht abgerechnete Leistungen		43.783.639,58		35.053	
2. Geleistete Anzahlungen		1.205.238.971,86	1.249.022.611,44	1.234.620	1.269.673
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)				
1. Forderungen aus Leistungen		80.350.882,81		60.939	
2. Vermögen in den Projekten		255.570.500,18		258.387	
3. Sonstige Vermögensgegenstände		121.296.633,20	457.218.016,19	102.669	421.995
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten			804.431.261,72		730.913
			2.510.671.889,35		2.422.581
C. Rechnungsabgrenzungsposten			13.532.431,10		9.727
			3.167.218.894,98		3.080.908
Vermerkposten	(9)				
Treuhandvermögen 3.565.356 € (i. Vj. T€ 4.395)					



Bilanz zum 31. Dezember 2023

Passiva

	Anhang	31.12.2023		31.12.2022	
		in €		in T€	
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	(5)	20.452.000,00		20.452	
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		-11.759.713,27		-11.760	
Eingefordertes Kapital			8.692.286,73	8.692	
II. Kapitalrücklage	(5)		5.112.918,81	5.113	
III. Gewinnrücklagen					
Satzungsmäßige Rücklagen	(6)		415.639.490,51	346.081	
IV. Bilanzgewinn			0,00	0	359.886
B. Rückstellungen	(7)				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			139.390.495,00	139.390	
2. Steuerrückstellungen			4.628.376,48	2.792	
3. Sonstige Rückstellungen			183.271.618,83	162.896	305.079
C. Verbindlichkeiten	(8)				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			172.976.768,06	121.525	
2. Erhaltene Anzahlungen			2.134.452.270,01	2.186.366	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			71.667.097,52	74.633	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			15.204.673,18	10.088	
5. Sonstige Verbindlichkeiten			15.440.619,07	22.434	2.415.047
– davon aus Steuern € 13.560.371,53 (i. Vj. T€ 19.352)					
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0 (i. Vj. T€ 0)					
D. Rechnungsabgrenzungsposten			742.280,78	896	
			3.167.218.894,98	3.080.908	
Vermerkposten	(9)				
Treuhandverbindlichkeiten 3.565.356 € (i. Vj. T€ 4.395)					



Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Anhang	2023		2022
		in €		in T€
1. Umsatzerlöse	(10)	4.017.290.812		3.763.238
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen		8.730.359		3.600
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(1)	507.059		496
Gesamtleistung			4.026.528.230	3.767.334
4. Sonstige betriebliche Erträge	(11)		19.560.927	99.775
5. Materialaufwand	(12)			
a) Aufwendungen für bezogene Waren		207.582.107		222.255
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.063.222.947	2.270.805.053	1.898.936
2.121.191				
6. Personalaufwand	(13)			
a) Löhne und Gehälter		1.275.412.088		1.193.580
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung: € 96.827.947 (i. Vj. € 186.325.183)		296.890.370	1.572.302.458	372.338
1.565.918				
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			19.319.511	18.756
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)		117.395.655	92.724
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			10.989	17
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(15)		12.031.437	1.036
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(16)		6.529.775	1.800
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(17)		1.961.907	1.785
13. Ergebnis nach Steuern			69.817.223	65.988
14. Sonstige Steuern			258.707	116
15. Jahresergebnis			69.558.516	65.872
16. Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen			-69.558.516	-65.872
17. Bilanzgewinn			0	0

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn / Eschborn, ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresabschluss der GIZ ist nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften sowie den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde in der Bilanz der Posten „Vermögen in den Projekten“ aufgenommen. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Die gesetzlich geforderten Angaben zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang vorgenommen.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts entfällt, da die einzubeziehenden Tochterunternehmen im Sinne des § 296 Abs. 2 Nr. 1 HGB für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um die nutzungsbedingten Abschreibungen entsprechend den betriebsindividuellen Gegebenheiten des Werteverzehrs, angesetzt worden. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear „pro rata temporis“.

Die Nutzungsdauern der wesentlichen Gruppen sind folgender Tabelle zu entnehmen:

	Jahre
EDV-Programme, sonstige Rechte	3 - 7
Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5 - 50
Maschinen und maschinelle Anlagen	5 - 19
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	4 - 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 14

Der Mäanderbau sowie der Campus in Bonn werden über 33 Jahre, das Bürogebäude in Berlin wird über 40 Jahre und der Campus Kottenforst in Bonn über 50 Jahre abgeschrieben. Bei den Gebäuden und Nutzungsrechten in Partnerländern erfolgen die Abschreibungen zwischen acht und 20 Jahren.

Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungskosten von 250 € bis 1.000 € wird im Anschaffungsjahr ein Sammelposten gebildet. Dieser wird linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Das zuwendungsfinanzierte Anlagevermögen ist vollständig durch Investitionszuschüsse finanziert. Die Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Hergestellte Gebäude werden zu Herstellungskosten aktiviert. Zu den Herstellungskosten zählen die einzeln zurechenbaren Kosten durch den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen. Sofern die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen entfallen sind, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Die in den sonstigen Ausleihungen enthaltenen langfristigen Darlehen an Mitarbeiter*innen für den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums wurden mit 2,5 % p. a. abgezinst. Ansonsten erfolgte der Ansatz zum Nennwert.

Umlaufvermögen

Die Wertansätze des Umlaufvermögens erfolgen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Die noch nicht abgerechneten Leistungen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkosten, die geleisteten Anzahlungen und Forderungen mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt.

Bei dem Vermögen in den Projekten handelt es sich um einen besonderen Bilanzposten der GIZ, der einem besseren Einblick in die

Vermögens- und Finanzlage dient. In diesem Posten sind die projektbezogenen Kassen- und Bankbestände sowie Forderungen und zugehörige Verbindlichkeiten saldiert enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Bei sonstigen Vermögensgegenständen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden diese gemäß § 253 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) abgezinst und zum Barwert bilanziert.

Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bewertet, soweit nicht in Einzelfällen der niedrigere beizulegende Wertansatz geboten ist.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten

Die Wertansätze für langfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten erfolgen zum Niederst- bzw. Höchstwert. Kurzfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten und Bankguthaben mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht konvertible Währungen erfolgt keine Umrechnung bzw. Neubewertung. Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, die in dem Posten Vermögen in den Projekten ausgewiesen werden, werden mit dem Kurs der Ursprungsbuchung erfasst. Grund hierfür ist, dass diese Forderungen und Verbindlichkeiten immer in der jeweiligen Fremdwährung mit dem Gegenwert in Hauswährung zum Kurs der Ursprungsbuchung beglichen werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage werden zum Nennwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden, bei dessen Ermittlung auch unmittelbar bestehende Ausgleichsansprüche – den Verpflichtungsumfang mindernd – berücksichtigt werden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die GIZ die bis zum 30. Juni 2015 nach dem Tarifvertrag Nr. 3 über die betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für die Mitarbeiter*innen der Zentrale (alte bAV) erworbenen Ansprüche der betrieblichen Altersversorgung auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert („Past Service“). Im Jahr 2016 wurden die restlichen Ansprüche mit Wirkung zum 1. September 2016 auf die im Jahr 2015 gegründete GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagert.

Die bis zum 31. Dezember 2015 entstandenen Verpflichtungen aus dem Versorgungstarifvertrag vom 1. März 2004 (bAV 2005) wurden im Geschäftsjahr 2017 auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 werden durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH erfüllt („Future Service“).

Die ausgelagerten Zusagen sind wegen der künftigen Erfüllung durch die Deutscher Pensionsfonds AG bzw. die GIZ Unterstützungskasse GmbH als mittelbare Verpflichtung zu klassifizieren.

Zur Finanzierung der auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagerten Verpflichtungen aus Altersversorgungsansprüchen wurde im Zuge der Auslagerung Vermögen übertragen. Im Jahr 2022 wurde von der Deutscher Pensionsfonds AG ein Nachschuss in das Deckungsvermögen zur Sicherstellung des versicherungsrechtlichen Mindestvermögens in den kommenden Jahren angefordert und von der GIZ geleistet. Dieser Nachschuss stellt in voller Höhe Personalaufwand dar. Da die GIZ aufgrund des Generalvertrags mit der Bundesregierung für den Teil, der den gemeinnützigen Geschäftsbereich betrifft, einen Erstattungsanspruch gegenüber der Gesellschafterin hat, wurde für den preisrechtlich erst in den kommenden Jahren abrechnungsfähigen Anteil ein sonstiger Vermögensgegenstand zum Barwert aktiviert.

Für mittelbare Verpflichtungen besteht nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Zu jedem Bilanzstichtag ist die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der im Abschluss der GIZ gebildeten Pensionsrückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Zu den wesentlichen zum 31. Dezember 2023 angewendeten versicherungsmathematischen Parametern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter (7) Rückstellungen.

Eine versicherungsmathematisch berechnete Rückstellung (Unfallrente) wurde nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst worden.

Verbindlichkeiten und erhaltene Anzahlungen

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die erhaltenen Anzahlungen sind zu ihrem Nennwert angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Nicht realisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt, soweit diese nicht in eine Bewertungseinheit einbezogen sind und

nicht durch gegenläufige Wertänderungen des Grundgeschäfts kompensiert werden. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode bilanziert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern resultieren aus den nachstehenden temporären Differenzen.

Bilanzposition	31.12.2023 Differenz Handels- vs. Steuer- bilanz		31.12.2023 latente Steuern
	in T€	Steuersatz in %	
Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	0	27,97	0
Sonstige Forderungen	893	27,97	250
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	24.804	27,97	6.938
Sonstige Rückstellungen	2.138	27,97	598
Sonstige Verbindlichkeiten	28	27,97	7
	27.863		7.793

Zum Bilanzstichtag ergeben sich aktive latente Steuern von 7.793 €.

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 27,97 % zugrunde, der sich voraussichtlich zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen ergeben wird. Aktive und passive latente Steuern werden grundsätzlich saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinnverwendung

Der Gesellschaftsvertrag legt fest, dass Gewinne ausschließlich für gemeinnützige und satzungsgemäße Zwecke zu verwenden sind.

Eine Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen erfolgt in Höhe des Jahresüberschusses von 69,6 Mio. €.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang (Anlagenspiegel) dargestellt.

(2) Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr 2015 gründete die GIZ ihre eigene Versorgungseinrichtung, die GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn, und hält alle Anteile. Das Eigenkapital der GIZ Unterstützungskasse GmbH betrug zum 31. Dezember 2023 25.000 € und das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 0 €.

Des Weiteren hält die GIZ seit 2010 eine Beteiligung in Höhe von 49 % an der sequa gGmbH mit Sitz in Bonn zu Anschaffungskosten von 535.862 €. Im Geschäftsjahr 2022 betrug das Eigenkapital der sequa gGmbH 4.972.880 € und der Jahresüberschuss 0 €. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 liegt noch nicht vor.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens beinhalten einen Wertpapierspezialfonds, der von der GIZ bei der UBS aufgelegt wurde. Die Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten von 202.667.845 € bilanziert. Zum Bilanzstichtag liegt der Marktwert für das Portfolio des Wertpapierspezialfonds bei 211.638.549 €.

Das im Vorjahr hier ausgewiesene Verwaltungskostenguthaben, das bei der Deutscher Pensionsfonds AG (DPAG) geführt und ver-

waltet wird, wurde zum Bilanzstichtag mit dem Buchwert von 18.560.000 € in die sonstigen Vermögensgegenstände umgegliedert. Es handelt sich um Vorauszahlungen für die Kosten der Verwaltung des bei der DPAG geführten Deckungsvermögens im Zusammenhang mit den Pensionsverpflichtungen der GIZ.

(3) Vorräte

Geleistete Anzahlungen

Von den geleisteten Anzahlungen in Höhe von 1.205.238.972 € sind insgesamt 78.862.083 € durch Bürgschaften gesichert. Die geleisteten Anzahlungen sind mit 1 % pauschalwertberichtigt. Insgesamt haben geleistete Anzahlungen in Höhe von 176.939.623 € (Vorjahr: 234.739.057 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Geleistete Anzahlungen nach Art des Vertrages

	2023	2022
	in €	in €
Finanzierungsverträge	1.038.733.905	1.087.185.810
Dienstleistungsverträge	88.261.454	108.908.372
Sachgüterbeschaffungen	91.121.039	57.998.710
Verwaltete Mittel (Twinning)	105.359	39.001
Sonstige	8.981.456	234.430
Wertberichtigungen	- 12.330.418	- 12.603.502
Noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf geleistete Anzahlungen	- 9.633.823	- 7.142.851
Gesamt	1.205.238.972	1.234.619.970

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	2023				2022			
	Restlaufzeit		Gesamt 2023	davon gegen die Gesellschafterin	Restlaufzeit		Gesamt 2022	davon gegen die Gesellschafterin
	unter 1 Jahr	über 1 Jahr			unter 1 Jahr	über 1 Jahr		
	in €	in €	in €	in €	in T€	in T€	in T€	in T€
1. Forderungen aus Leistungen								
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	42.159.901	0	42.159.901	38.028.297	28.192	0	28.192	25.714
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	38.190.982	0	38.190.982	24.276.632	32.747	0	32.747	6.590
	80.350.883	0	80.350.883	62.304.929	60.939	0	60.939	32.304
2. Vermögen in den Projekten								
– Kassen- und Bankbestände	68.641.934	0	68.641.934	0	60.078	0	60.078	0
– vorgelegte Partnerschaftsleistungen	27.900.113	0	27.900.113	0	27.867	0	27.867	0
– Forderungen, Sonstiges	183.875.287	0	183.875.287	0	198.802	0	198.802	0
– Verbindlichkeiten, Sonstiges	-24.846.834	0	-24.846.834	0	-28.360	0	-28.360	0
	255.570.500	0	255.570.500	0	258.387	0	258.387	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände								
Forderungen								
– aus Agio, vgl. Pos. (5)	0	4.090.335	4.090.335	4.090.335	0	4.090	4.090	4.090
– aus Mietvorschüssen im Ausland	2.449.549	221.740	2.671.289	0	2.324	95	2.419	0
– an Personal aus Reise- und Aufwandsvorschüssen	5.051.302	331.840	5.383.142	0	4.449	379	4.828	0
– an Finanzämter	745.261	0	745.261	0	173	0	173	0
– Sonstige	29.502.813	78.903.793	108.406.606	67.995.821	22.595	68.564	91.159	76.687
	37.748.925	83.547.708	121.296.633	72.086.156	29.541	73.128	102.669	80.777
	373.670.308	83.547.708	457.218.016	134.391.085	348.867	73.128	421.995	113.081

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen ist der geleistete Nachschuss in den Pensionsfonds, der preisrechtlich auf mehrere Geschäftsjahre verteilt wird, in Höhe des noch nicht abgerechneten Anteils gegenüber der Gesellschafterin mit 67.995.821 € ausgewiesen. Da es sich um eine langfristige Forderung über 8 Jahre handelt, wurde diese zum Barwert angesetzt.

Außerdem ist unter den sonstigen Vermögensgegenständen das Verwaltungskostenguthaben ausgewiesen, da es Anzahlscharakter hat. Es wird bei der Deutschen Pensionsfonds AG (DPAG) separat geführt und von dieser verwaltet. Über die Entwicklung und den Stand des Verwaltungskostenguthabens erfolgt jährlich eine Mitteilung des Pensionsfonds an die GIZ. Das Verwaltungskostenguthaben ist zum 31.12.2023 mit den Anschaffungskosten in Höhe von 18.560.000 € bilanziert.

(5) Kapital der Gesellschaft (durch Einzahlung)

	2023	2022
	in €	in €
Gezeichnetes Kapital	20.452.000	20.452.000
Kapitalrücklage	5.112.919	5.112.919
Dagegen stehen:		
ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	11.759.713	11.759.713
noch nicht eingefordertes Agio, vgl. (4)	4.090.335	4.090.335

Bei den ausstehenden Einlagen auf das gezeichnete Kapital handelt es sich um die noch nicht eingeforderten Teile der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23. Juni 1978 durchgeführten und im Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die beiden letztgenannten Posten sind als Risikokapital anzusehen und können im Bedarfsfall mit Zustimmung der Gesellschafterin eingefordert werden.

(6) Satzungsmäßige Rücklagen

Entwicklung der satzungsmäßigen Rücklagen

	in €
Vortrag zum 1. Januar 2023	346.080.975
Einstellung des Jahresüberschusses	69.558.516
Stand 31. Dezember 2023	415.639.491
Davon entfallen auf:	
– gebundene Rücklagen	360.242.123
– freie Rücklagen	55.397.368
	415.639.491

(7) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die noch ausgewiesenen Rückstellungen betreffen die in den Jahren 2015 bis 2017 ausgelagerten Pensionsverpflichtungen der sogenannten alten bAV (bis 2004) und bAV 2005. Diese Rückstellungen wurden zum Zeitpunkt der Auslagerung in Höhe des bilanzierten Betrages eingefroren.

Bei den Ansprüchen aus der alten bAV und den Ansprüchen aus der bAV 2005 handelt es sich um mittelbare Verpflichtungen, für die nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Demnach ist zu jedem Bilanzstichtag die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der eingefrorenen Rückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Die Erfüllungsbeträge wurden versicherungsmathematisch mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre berechnet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Im Vergleich zur Abzinsung mit dem Sieben-Jahres-Durchschnittszins (1,74 %) ergibt sich zum 31. Dezember 2023 aus dem „Past Service“ ein Unterschiedsbetrag von 11.588.133 €. Der Unterschiedsbetrag aus dem „Future Service“ beträgt zum 31. Dezember 2023 10.601.330 €. Die Unterschiedsbeträge unterliegen einer Ausschüttungssperre.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	in %
Rechnungszinssatz	1,82
Anwartschaftsdynamik bAV 2005	4,77
Anwartschaftsdynamik alte bAV	3,26
Rentendynamik bAV 2005, jährlich	1,00
Rentendynamik alte bAV, jährlich	1,00
BBG-Trend (Beitragsbemessungsgrenze-Trend), jährlich	3,00
Fluktuation, gestaffelt nach Alter	0,00

Zum 31. Dezember 2022 erfolgte eine Anpassung der versicherungsmathematischen Parameter. Die Nichtberücksichtigung des Fluktuationsparameters hat auf die Ermittlung des Erfüllungsbetrages für den „Past Service“ und für den „Future Service“ der bAV 2005 keinen Einfluss bzw. keinen wesentlichen Einfluss auf die Ermittlung des Erfüllungsbetrages für den „Future Service“ der alten bAV.

Die Unterdeckung des Pensionsfonds ist im Vergleich zum 31.12.2022 leicht auf 236.282.548 € gesunken.

	in €
Erfüllungsbetrag	815.183.877
Pensionsfondsvermögen	511.559.440
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	67.341.889
Unterdeckung	236.282.548

Es liegt für die mittelbare Verpflichtung, welche durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH, Bonn, erfüllt wird, zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung von 16.723.618 € vor.

	in €
Erfüllungsbetrag	528.892.404
Unterstützungskassenvermögen	23.362.204
Aktivwert Rückdeckungsversicherungen	416.757.976
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	72.048.606
Unterdeckung	16.723.618

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Altersteilzeit- und Beihilfeverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Berechnungsverfahren ermittelt. Dabei sind fristenkongruente durchschnittliche Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,18 % (Vorjahr: 0,75 %) und 1,74 % (Vorjahr: 1,44 %) angewendet worden.

Die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit in Höhe von 105.927 € sind vollständig durch eine unverzinsliche Festgeldanlage (Deckungsvermögen) gedeckt. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

Die Rückstellung für Langzeitkonten wird analog den Vorschriften für wertpapiergebundene Versorgungszusagen nach § 253 Abs. 1 S. 3 HGB mit dem Zeitwert bewertet.



Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre bewertet worden.

Die im Wesentlichen gebildeten sonstigen Rückstellungen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	2023	2022
	in €	in €
Langzeitkonten	97.153.448	80.579.255
Gewährleistungs- und Kalkulationsrisiken	20.272.770	24.068.697
Urlaubsguthaben	17.718.227	12.679.334
Variable Vergütung	14.923.116	14.806.587
Ausstehende Verwaltungskosten	8.367.105	6.665.686

(8) Verbindlichkeiten

	Restlaufzeit			Gesamt 2023	davon gegen- über Gesell- schafterin
	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre		
	in €	in €	in €	in €	in €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.259.768	163.717.000	104.797.000	172.976.768	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	2.037.874.098	0	0	2.037.874.098	2.006.538.102
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	155.883.073	0	0	155.883.073	79.550.861
– Wertberichtigung	97.523	0	0	97.523	0
	2.193.854.694	0	0	2.193.854.694	2.086.098.962
abzüglich					
– noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	– 59.402.424	0	0	– 59.402.424	– 56.178.321
	2.134.452.270	0	0	2.134.452.270	2.029.920.641
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71.667.098	0	0	71.667.098	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	15.204.673	0	0	15.204.673	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	14.643.680	796.939	166.098	15.440.619	0
	2.245.227.489	164.513.939	104.963.098	2.409.741.428	2.029.920.641

	Restlaufzeit			Gesamt 2022 in T€	davon gegen- über Gesell- schafterin in T€
	< 1 Jahr in T€	> 1 Jahr in T€	davon > 5 Jahre in T€		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.928	112.597	61.477	121.525	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	2.128.151	0	0	2.128.151	2.095.927
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	117.586	0	0	117.585	57.413
– Wertberichtigung	-82	0	0	-82	0
	2.245.655	0	0	2.245.654	2.153.340
abzüglich					
– noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	-59.288	0	0	-59.288	-56.414
	2.186.367	0	0	2.186.366	2.096.926
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74.633	0	0	74.633	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.088	0	0	10.088	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	21.526	908	303	22.434	0
	2.301.542	113.505	61.779	2.415.046	2.096.926

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der GIZ Unterstützungskasse GmbH.

Darlehensverträge

1. Darlehen GIZ-Campus Bonn

Zwischen der GIZ und der Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG – besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Bonn mit einer Laufzeit bis zum 2. Januar 2031. Die Darlehenssumme beträgt 104.037.000 €. Zum Bilanzstichtag besteht noch eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 62.597.000 €.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den GIZ-Campus in Bonn in Höhe von 84.037.000 € nebst 15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % eingetragen. Daneben wurde eine weitere Buchgrundschuld in Höhe von 65.100.000 € nebst 15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % auf den Grundbesitz „Mäander“ eingetragen.

Für diese Immobilienfinanzierung wurde eine Zinsswap-Vereinbarung abgeschlossen. Hierzu wurde für jeden Monat der Kreditlaufzeit der vereinbarte variable Zins (Fixmarge zzgl. Einmonats-Euribor) durch monatliche Zinsswaps, angepasst an den Tilgungsplan, abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für das aufgenommene

Immobilienkredit dadurch in Festzinszahlungen von 0,76 % p. a. transformiert.

Grundgeschäft/ Sicherungsgeschäft	Risiko/Art der Bewertungseinheit	Einbezogener Betrag
Variable Zinszahlung aus Kreditfinanzierung/Zinsswap	Zinsrisiko/Microhedge	62.597.000 €

Das Grundgeschäft ist ein variabel verzinstes Darlehen und hat eine Laufzeit bis Januar 2031; bis dahin werden sich die gegenläufigen Wertänderungen aus Grund- und Sicherungsgeschäft voraussichtlich ausgleichen.

Die prospektive Effektivität, d. h. für den Planungszeitraum von Sicherungsbeginn und an jedem Stichtag für den noch offenen Zeitraum der Sicherungsbeziehung, wurde mittels der dokumentierten Gegenüberstellung der aufeinander abgestimmten Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Sämtliche Parameter (Nominalwert, Laufzeit und Indizes) zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft stimmen überein.

Die retrospektive Effektivität, d. h. die jeweiligen Ist-Zahlen zum Bilanzstichtag, wurde anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Die buchhalterische Abbildung erfolgt mit der Einfrierungsmethode.

2. Darlehen GIZ-Campus Eschborn

Zwischen der GIZ und der Deutsche Bank AG besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Eschborn mit einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2055. Die Darlehenssumme beträgt 230.000.000 €. Zum Bilanzstichtag besteht eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 110.000.000 €.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den GIZ-Campus in Eschborn in Höhe von 230.000.000 € nebst

15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % eingetragen. Daneben werden die unter 1. genannten Buchgrundschulden in Höhe von 65.100.000 € und 84.037.000 € zur Besicherung des Darlehens herangezogen, um das Gesamtengagement aus beiden Darlehen abzusichern.

Für diese Immobilienfinanzierung wurde eine Zinsswap-Vereinbarung abgeschlossen. Hierzu wurde für jedes Quartal der Kreditlaufzeit der vereinbarte variable Zins (Fixmarge zzgl. Dreimonats-Euribor) durch vierteljährliche Zinsswaps, angepasst an den Tilgungsplan, abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für das aufgenommene Immobiliendarlehen dadurch in Festzinszahlungen von 2,093 % p. a. transformiert.

Grundgeschäft/ Sicherungsgeschäft	Risiko/Art der Bewertungseinheit	Einbezogener Betrag
Variable Zinszahlung aus Kreditfinanzierung/Zinsswap	Zinsrisiko/Microhedge	110.000.000 €

Das Grundgeschäft ist ein variabel verzinstes Darlehen und hat eine Laufzeit bis Februar 2055; bis dahin werden sich die gegenläufigen Wertänderungen aus Grund- und Sicherungsgeschäft voraussichtlich ausgleichen.

Die prospektive Effektivität, d. h. für den Planungszeitraum von Sicherungsbeginn und an jedem Stichtag für den noch offenen Zeitraum der Sicherungsbeziehung, wurde mittels der dokumentierten Gegenüberstellung der aufeinander abgestimmten Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Sämtliche Parameter (Nominalwert, Laufzeit und Indizes) zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft stimmen überein.

Die retrospektive Effektivität, d. h. die jeweiligen Ist-Zahlen zum Bilanzstichtag, wurde anhand der Critical-Terms-Match-Methode

nachgewiesen. Die buchhalterische Abbildung erfolgt mit der Einfrierungsmethode.

(9) Vermerkposten Treuhandvermögen/ Treuhandverbindlichkeiten

	2023	2022
	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	3.565.356	4.395.029

Dem Vermögen von 3.565.356 € stehen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen

	2023	2022
	in €	in €
Auftragsgeschäfte	3.742.032.001	3.533.088.164
Zuwendungsgeschäfte (inkl. fremd- finanzierter Eigenmaßnahmen)	33.142.705	31.295.711
GnB	3.775.174.706	3.564.383.875
InS	242.116.106	198.854.509
	4.017.290.812	3.763.238.384

Umsatzerlöse nach Sitz der Auftraggeber

	2023		2022	
	in €	in %	in €	in %
Bundesrepublik Deutschland	3.927.738.685	98	3.678.910.415	98
Übriges Europa	76.823.955	2	68.768.540	2
Afrika	8.100	< 1	342.871	< 1
Amerika	3.526.087	< 1	9.021.892	< 1
Asien	9.193.985	< 1	6.194.666	< 1
	4.017.290.812		3.763.238.384	

Umsatzerlöse nach regionaler Tätigkeit

	2023		2022	
	in €	in %	in €	in %
Afrika	1.281.894.195	33	1.249.450.479	34
Amerika	277.668.629	7	248.847.468	6
Asien	882.871.121	22	829.551.753	23
Europa	368.431.679	9	323.136.674	8
Ozeanien	2.396.527	< 1	3.235.987	< 1
Überregional	1.204.028.661	29	1.109.016.023	28
	4.017.290.812		3.763.238.384	

Im GnB (zzgl. Zuwendungsgeschäft) verteilen sich die Umsätze auf folgende Auftraggeber:

	2023	2022
	in €	in €
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3.355.554.101	3.191.496.067
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	170.695.149	217.280.612
Auswärtiges Amt	115.681.027	96.476.826
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	80.970.202	10.454.896
Engagement Global gGmbH	28.248.457	28.418.135
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	3.197.025	2.311.828
Europäische Investitionsbank	2.854.264	1.477.122
Bundesministerium für Digitales und Verkehr	2.389.434	1.972.259
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.763.952	1.607.859
Übrige Umsatzerlöse	13.821.095	12.888.271
	3.775.174.706	3.564.383.875

Bei InS verteilen sich die Umsätze auf folgende Auftraggeber:

	2023	2022
	in €	in €
Auswärtiges Amt	57.100.415	39.952.909
Europäische Union	49.327.624	42.623.754
BMZ (InS)	33.422.860	12.492.018
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	21.579.264	19.021.837
Bundesministerium für Bildung und Forschung	7.473.835	6.935.507
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.	4.973.653	6.056.027
Emirates National Schools	4.867.527	1.057.500
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	2.768.497	85.031
Bundesagentur für Arbeit (Triple Win)	4.853.472	4.046.276
Übrige Umsatzerlöse	55.748.959	66.583.650
	242.116.106	198.854.509

(11) Sonstige betriebliche Erträge

Zusammensetzung sonstige betriebliche Erträge:

	2023	2022
	in €	in €
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	7.764.069	15.489.269
Erträge aus Auflösungen von Wertberichtigungen	3.823.571	799.061
Erträge aus Verwaltungskostenerstattung	3.049.437	2.353.765
Erträge aus Fremdwährungsbewertungen	1.512.839	2.684.629
Erträge aus Versicherungserstattungen	1.360.686	1.020.703
Erträge aus dem Nachschuss Pensionsfonds	0	76.686.779
Sonstige Erträge	2.050.325	741.357
	19.560.927	99.775.563

Die periodenfremden Erträge betragen 13.745.509 € (Vorjahr: 93.295.050 €). Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen, der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Erstattungen von Versicherungen.

(12) Materialaufwand

	2023	2022
	in €	in €
Aufwendungen für bezogene Waren	207.582.107	222.255.553
davon Sachbeschaffungen in den Projekten	124.799.514	152.810.932
davon Sachbeschaffungen durch die Zentrale	79.242.961	64.963.802
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.063.222.946	1.898.935.848
davon sonstige Fremdleistungen	1.487.712.400	1.335.997.879
davon in den Projekten angefallene Kosten	272.825.687	272.843.303
davon Finanzierungsbeiträge und Zuschüsse	126.495.355	114.718.356
	2.270.805.053	2.121.191.401

(13) Personalaufwand

	2023	2022
	in €	in €
Löhne und Gehälter	1.275.412.088	1.193.580.006
davon Projektpersonal	566.948.275	539.001.462
davon Nationale Mitarbeitende	378.827.916	363.909.518
davon Personal der Zentrale	282.039.654	243.632.965
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	296.890.370	372.338.584
davon Projektpersonal	129.948.387	125.279.150
davon Personal der Zentrale	72.959.246	67.078.887
davon Nationale Mitarbeitende	66.531.562	61.672.800
davon Nachschuss Pensionsfonds	9.035.733	94.962.541
	1.572.302.458	1.565.918.590

Die Aufwendungen für die GIZ Unterstützungskasse GmbH betragen insgesamt 18.415.442 € (Vorjahr: 23.345.206 €).

Im Vorjahr waren einmalige periodenfremde Aufwendungen aus dem Nachschuss in den Pensionsfonds von 94.962.541 € enthalten. Der Anstieg des Personalaufwands ergibt sich im Wesentlichen aus dem höheren durchschnittlichen Personalbestand, den Gehalts- und Tariferhöhungen sowie dem Einmaleffekt aus der Zahlung der Inflationsausgleichsprämie von 26.847.283 €.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zusammensetzung sonstige betriebliche Aufwendungen:

	2023	2022
	in €	in €
Bürobetriebskosten	29.396.376	23.257.660
Beratungen, Gutachten und Übersetzungen	26.573.702	16.410.083
Raumkosten	26.405.055	24.345.460
Aufwendungen für eigenes und Fremdpersonal	15.284.267	11.141.011
Aufwendungen aus Zuführung zu Rückstellungen, u. a. für Gewährleistungs- und Preisrisiken	6.306.006	4.118.779
Aufwendungen aus Fremdwährungsbewertungen	3.144.126	2.451.868
Aufwendungen aus der Zuführung zu Wertberichtigungen	1.042.086	3.251.994
Sonstige Aufwendungen	9.244.037	7.747.447
	117.395.655	92.724.302

Unter dieser Position wird der Aufwand für die Jahresabschlussprüfung von 176.000 €, Steuerberatungsleistungen von 52.500 € und sonstige Leistungen von 2.555.904 € (hauptsächlich Mittelverwendungsprüfungen, die zum Teil an die geprüften Projekte weiterbelastet werden, sowie IT-Systemprüfungen), die durch den

Abschlussprüfer durchgeführt wurden, ausgewiesen. Die periodenfremden Aufwendungen betragen 485.794 € (Vorjahr: 203.153 €). Diese Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Umsatzsteuerkorrekturen sowie Anlagenabgänge mit Buchverlust.

In den Bürobetriebskosten sind die laufenden IT-Betriebskosten, die im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. € gestiegen sind, enthalten.

(15) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus dem Zinsertrag aus Bankguthaben in Höhe von 11.664.947 € (Vorjahr: 965.687 €). Der Zinsanteil auf Pensionsrückstellungen betrug 344.775 € (Vorjahr: 0 €).

(16) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Diese Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus dem Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten in Höhe von 6.302.360 € (Vorjahr: 1.514.690 €). Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen betrug 206.250 € (Vorjahr: 160.568 €).

(17) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2023	2022
	in €	in €
Körperschaftsteuer		
- Ertrag Vorjahr	134.028	9.330
- Aufwand lfd. Jahr	- 1.727.627	- 1.157.223
- Aufwand Vorjahr	- 31.344	- 19.951
Gewerbesteuer lfd. Jahr	- 324.514	- 602.590
Gewerbesteuer Vorjahr	- 12.450	- 15.039
	- 1.961.907	- 1.785.473

Die dargestellten Erträge und Aufwände für Körperschaft- und Gewerbesteuer beziehen sich auf den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der GIZ (International Services). Im Rahmen ihres Zweckbetriebes ist die GIZ gemäß § 5 (1) Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der GIZ (International Services) sind durch das Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz, veröffentlicht am 27.12.2023, keine Auswirkungen zu erwarten.

Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 ergaben sich nicht.

Sonstige Angaben

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Sitz in Bonn und Eschborn ist unter HRB 18384 in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn und unter HRB 12394 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt 213.965.033 €.

Verpflichtungen aus Mietverträgen

Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und Parkplätze sowie EDV-Anlagen (2023 bis 2027): 36.234.573 €. Davon sind im Jahr 2024 20.342.631 € fällig.

Verpflichtungen aus Bestellobligo für Investitionsvorhaben

Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo für Investitionsvorhaben in Höhe von 11.235 €. Weitere Verpflichtungen aus Investitionsvorhaben ergeben sich in Höhe von 120.820.492 € aus dem

Vertrag zum Erwerb des GIZ-Campus Eschborn. Der Kaufpreis wird in Teilraten, bis zum planmäßigen Einzug im Jahr 2025, gemäß vereinbartem Zahlungsplan nach Bautenstand geleistet.

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die GIZ Unterstützungskasse GmbH hat die Leistungspläne II und III aufgestellt; zur Finanzierung der Versorgungsleistungen wendet die GIZ der GIZ Unterstützungskasse GmbH die erforderlichen Mittel zu. Im Geschäftsjahr waren dies insgesamt 55.924.896 € (Vorjahr: 62.887.714 €). Der im Jahr 2015 geschlossene Leistungsplan I wurde im Jahr 2017 aufgehoben.

Eventualverbindlichkeiten

Zur gemeinsamen Akquisition und Durchführung von Projektmaßnahmen in unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Beschaffung von Sachgütern, Erbringung von Dienstleistungen) arbeitet die GIZ in mehreren Arbeitsgemeinschaften mit Partnern aus verschiedenen Ländern der EU und weiteren Ländern zusammen.

Für alle Arbeitsgemeinschaften gilt, dass jedes Mitglied dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haftet. Eine Haftungsminimierung der GIZ ist durch die Federführung und durch die Bereitstellung von Projektmitteln im Rahmen des Projektfortschritts gegeben, daher wird nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet. Zum Bilanzstichtag bestehen insgesamt 19 Arbeitsgemeinschaften. In vier dieser Arbeitsgemeinschaften ist die GIZ federführend tätig.

Das Risiko aus der Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften beläuft sich per 31. Dezember 2023 auf 998.733 € (Vorjahr: 1.430.764 €). Mit einer Inanspruchnahme wird aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht gerechnet.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigtes Personal

	2023	2022
Inlandsmitarbeiter*innen	2.860	2.667
Projektmitarbeiter*innen (Inland)	2.918	2.806
Auslandsmitarbeiter*innen	2.653	2.755
GIZ gesamt (ohne Nationale Mitarbeiter*innen)	8.430	8.228
Nationale Mitarbeiter*innen	17.147	16.983
GIZ gesamt	25.577	25.211

Angaben zum Aufsichtsrat und zum Vorstand

Aufsichtsrat		
Vorsitzender	Jochen Flasbarth	Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
1. Stellv. Vorsitzende	Louisa Ameyo Agossivi Sedjro	Fachkraft Inlandssicherheit in der GIZ
2. Stellv. Vorsitzende	Dr. Wibke Thies	Senior-Ländermanagerin in der GIZ
	Felix Banaszak	Mitglied des Deutschen Bundestags
	Susanne Baumann	Staatssekretärin im Auswärtigen Amt
	Ines Born	Ressortkoordinatorin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Bundesverwaltung
	Katrin Gothmann	Clusterkoordinatorin in der GIZ (bis 31.7.2023), Gruppenleiterin in der GIZ (ab 1.8.2023)
	Bettina Hagedorn	Mitglied des Deutschen Bundestags
	Anja Hajduk	Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
	Michael Hinterdobler	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter, Bayerische Staatskanzlei
	Armin Hofmann	Programmlleiter in der GIZ
	Carsten Körber	Mitglied des Deutschen Bundestags
	Harald Küppers	Projektleiter in der GIZ
	Claudia Raffelhüschen	Mitglied des deutschen Bundestags
	Dr. Christiane Rohleder	Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
	Sascha Rusgiarto	Spezialist Risikomanagement in der GIZ
	Steffen Saebisch	Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
	Marcel Schmelz	Geschäftsführer, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Bezirk Wiesbaden
	Dr. Julius Spatz	Abteilungsleiter Asien II in der GIZ
	Daniela Suttner	Stellvertretende Landesfachbereichsleiterin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Landesbezirk Hessen

Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel

Bereiche: Auftraggeber- und Geschäftsentwicklung; Einkauf, Liegenschaften, Verträge, Internationaler Sprachendienst sowie Personal; Regionalbereiche: Asien, Pazifik, Lateinamerika und Karibik; Stabsstellen: Akademie für Internationale Zusammenarbeit; Compliance und Integrität; Unternehmensentwicklung sowie Unternehmenskommunikation

Ingrid-Gabriela Hoven

Bereiche: Fach- und Methodenbereich; Finanzen sowie Sektor- und Globalvorhaben; Regionalbereiche: Europa, Mittelmeer und Zentralasien; Stabsstellen: Evaluierung sowie Unternehmenssicherheit

Anna Sophie Herken (Vorstandsmitglied seit dem 15.8.2023)

Bereiche: Digitale Transformation und IT Solutions sowie International Services; Regionalbereich: Afrika; Stabsstellen: Information Governance; Revision sowie Recht und Versicherung

Angaben zur Vergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder enthält in der Regel zusätzlich zu einem fixen Gehalt einen variablen Bestandteil. Für tätige Vorstandsmitglieder beliefen sich die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2023 auf 646.351 €.

Für die aktiven Vorstände besteht zum 31. Dezember 2023 eine arbeitgeberfinanzierte Unterstützungskassenzusage in Höhe von 150.023 €. Zur Finanzierung dieser Pensionszusagen hat die GIZ GmbH im Jahr 2023 Zuwendungen in Höhe von 171.636 € an die Alte Leipziger Unterstützungskasse e.V. gezahlt.

	Fixum in €	Variable Vergütung in €	Gesamt in €
Thorsten Schäfer-Gümbel	235.000	24.750	259.750
Ingrid-Gabriela Hoven	216.713	29.000	245.713
Anna Sophie Herken	92.863		92.863
Tanja Gönner		30.879	30.879
Sonstige Vergütungsbestandteile			17.146
Summe Gesamtbezüge			646.351

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden 2023 lediglich die entstandenen Reisekosten in Höhe von 21.394 € erstattet, eine gesonderte Vergütung erfolgte nicht. Für ein ehemaliges Mitglied des Vorstands wurden im Geschäftsjahr Beihilfen in Höhe von 42.236 € gezahlt.

Für ehemalige Geschäftsführer und Vorstände besteht eine Rückstellung für Übergangsgeld in Höhe von 698.128 €. Die Zahlungen für Übergangsgeld beliefen sich im Jahr 2023 auf insgesamt 218.544 €. Die mittelbare Pensionsverpflichtung ehemaliger Geschäftsführer und Vorstände beträgt 14.691.199 €.

Kredite an Organe der Gesellschaft

Es bestehen keine Kredite an Organe der Gesellschaft.

Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat und Vorstand erklären, dass den Regelungen und Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes – mit Ausnahme der unter Ziff. III dargestellten Abweichungen – in der GIZ GmbH entsprochen wurde und entsprochen wird.

Bonn / Eschborn, den 21. Mai 2024

Der Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel
Sprecher des Vorstands

Anna Sophie Herken
Mitglied des Vorstands

Ingrid-Gabriela Hoven
Stellvertretende Sprecherin
des Vorstands

Anlage zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungskosten					Abschreibungen						Buchwerte		
	Vortrag zum 1.1.2023	Nachrichtlich* zuwendungs- finanziertes AV Zugänge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2023	Vortrag zum 1.1.2023	Geschäftsjahr	Umbuchungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	Stand am 31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in T€
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände														
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.421.346	0	200.259	0	11.583	11.610.022	8.465.959	1.054.163	0	0	11.520	9.508.602	2.101.420	2.955
2. Geleistete Anzahlungen	1.213.867	0	85.163	0	0	1.299.030	0	0	0	0	0	0	1.299.030	1.214
	12.635.213	0	285.422	0	11.583	12.909.052	8.465.959	1.054.163	0	0	11.520	9.508.602	3.400.450	4.169
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	393.541.389	0	31.752	0	331.754	393.241.388	100.241.177	9.579.168	0	0	331.754	109.488.592	283.752.796	293.300
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	69.015.913	(268.744)	9.098.810	0	3.783.830	74.330.892	45.705.388	8.686.180	0	4.329	3.594.475	50.792.763	23.538.129	23.310
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	106.394.044	0	22.589.346	0	0	128.983.390	0	0	0	0	0	0	128.983.390	106.394
	568.951.345	(268.744)	31.719.909	0	4.115.584	596.555.669	145.946.564	18.265.348	0	4.329	3.926.229	160.281.355	436.274.315	423.004
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000	0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	0	0	25.000	25
2. Beteiligungen	535.862	0	0	0	0	535.862	0	0	0	0	0	0	535.862	536
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	202.667.845	0	0	0	0	202.667.845	0	0	0	0	0	0	202.667.845	202.668
4. Sonstige Ausleihungen	172.262	0	0	0	47.459	124.803	21.022	0	0	0	7.322	13.700	111.103	151
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben	18.045.449	0	514.551	0	18.560.000	0	0	0	0	0	0	0	0	18.046
	221.446.418	0	514.551	0	18.607.459	203.353.510	21.022	0	0	0	7.322	13.700	203.339.810	221.426
	803.032.976	(268.744)	32.519.881	0	22.734.626	812.818.231	154.433.546	19.319.511	0	4.329	3.945.071	169.803.657	643.014.575	648.599

* Die Anschaffungskosten wurden mit den Investitionszuschüssen verrechnet.
Es können Rundungsdifferenzen von +/- 1 € auftreten.

03

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

→ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

→ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

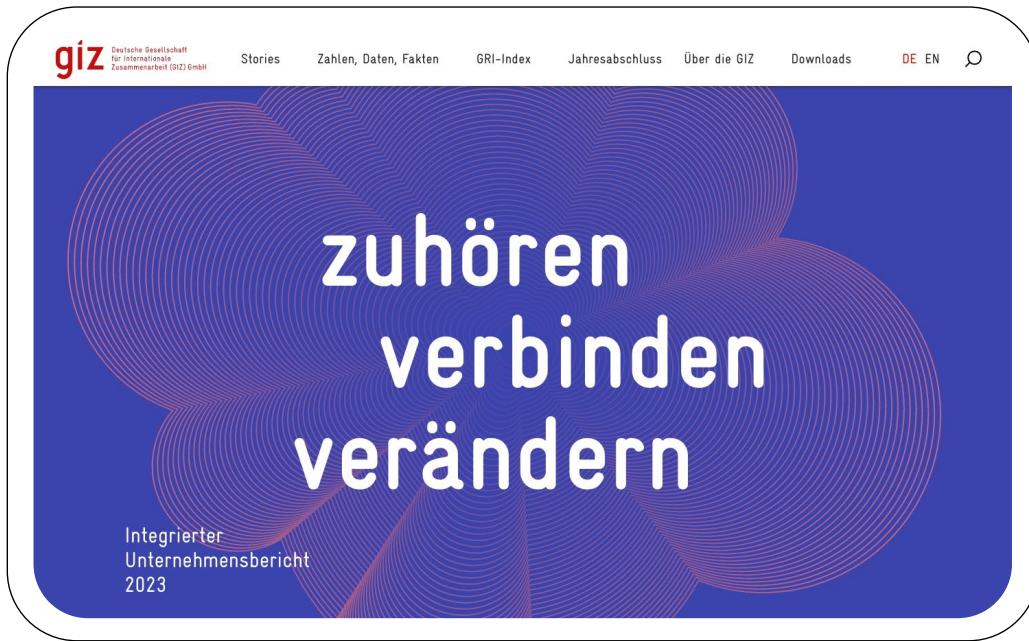
Frankfurt am Main, den 22. Mai 2024

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Wolfgang Fischer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ute Hanf
Wirtschaftsprüferin

Weitere Berichtsformate der GIZ



Integrierter Unternehmensbericht 2023

berichterstattung.giz.de/2023
Home | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dokument zur unternehmerischen Nachhaltigkeit



Dokument zur Corporate Governance



Diese und weitere Publikationen zur Berichterstattung der GIZ finden Sie unter:

berichterstattung.giz.de/2023
Downloads | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

E info@giz.de
I www.giz.de

Dag-Hammarskjöld-Weg 1–5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

l [linkedin.com/company/gizgmbh](https://www.linkedin.com/company/gizgmbh)
t twitter.com/giz_gmbh

Lektorat

textschriftmacher, Lübeck

Gestalterische Konzeption und Satz

3st kommunikation GmbH, Mainz

Die GIZ legt Wert auf sprachliche Gleichbehandlung. Wir verwenden eine Mischung unterschiedlicher Formen: neutrale Bezeichnungen, den Genderstern oder die männliche und weibliche Form nebeneinander.

Erscheinungstermin: Juli 2024